

PROTOKOLL

Begrüßung

Körper

Das Thema, "Bürger und res publica - die Zukunft der Verantwortung", in das Sie uns mit Ihrem Referat einführen werden, lieber Herr Minister Maier, klingt fast nach einem Festvortrag, wie er sich zu einem Jubiläum wie diesem anbietet. In der Tat ist ja der Bergedorfer Gesprächskreis vor 25 Jahren aus diesem Gefühl der Verantwortung gegenüber Demokratie und Gesellschaft entstanden. Verantworten heißt Antwort geben, und das sicherlich nicht bloß auf eine Frage, sondern auf eine Herausforderung. Wer sich verantwortet, tut das, weil er es muß - zum Beispiel vor Gericht - oder weil er sich auf andere Weise verpflichtet weiß. Verantwortung ist also eine Beziehung, in der man sich vor jemandem zu rechtfertigen hat.

"Einer trage des anderen Last" - das ist die ethische Herausforderung des Menschen in seiner Rolle als Mitmensch. Selbstverständlich haben wir als demokratische Bürger ebenso eine Verantwortung gegenüber dem Staat oder dem Gemeinwohl. Übrigens zahlen wir dafür auch Steuern, vielleicht sogar ein bißchen zu viel, nehmen Ehrenämter an, engagieren uns für die Politik. Das alles und noch mehr ist, wie ich annehme, in diesem Kreise unbestritten.

Wo liegt nun die Herausforderung? Dies ist ganz sicher eine der Fragen, die uns heute beschäftigen werden. Könnte ich mich, was meine Position betrifft, mit der Antwort begnügen, die sich aus meinem Beruf als Unternehmer, meiner Passion als Techniker, meinem Engagement für die Stadt, in der ich lebe, ergibt, wäre die Sache einfach, und ich wäre bestimmt nicht auf die Idee gekommen, den Gesprächskreis zu gründen.

Was mich damals bewegte, war weniger die Beziehung des Bürgers zum Staat, als vielmehr die Frage nach dem Charakter und der Zukunft der industriellen Gesellschaft. Der Gesprächskreis sollte, in einer bewußt pluralistischen Zusammensetzung, Interessenkonflikte versachlichen, analytische Arbeit leisten, Problemlösungen anbieten. Er sollte in der Diskussion eine Form der Zusammenarbeit, nicht des Auseinanderdriftens suchen.

Das Wort res publica fiel damals nicht, und jedenfalls dachte ich in dieser Hinsicht nicht nur an den Staat, an Regierung und Parlament, sondern weit mehr an die Gesellschaft, an ihren Zustand und an ihre Entwicklung. Damit sage ich gewiß nichts Neues. Staat und Gesellschaft sind nicht getrennt, sie sind heute mehr als je zuvor ineinander verflochten. Die industrielle Gesellschaft ist dicht organisiert. Aber damit ist auch die Verantwortung des einzelnen gegenüber der res publica nicht mehr so einfach zu formulieren.

Wo man geht und steht, wird man heute organisiert, motiviert und beeinflusst, die Demoskopen führen uns unsere Entscheidung vor Augen, bevor wir überhaupt die Wahlurne erreichen. Zwischen uns und die res publica hat sich diese wohlorganisierte Öffentlichkeit geschoben, durchaus demokratisch, aber den einzelnen mediatisierend.

Ich bin deshalb gespannt, wie Sie in unserem heutigen Gespräch die Verantwortung des Bürgers aus dieser Verpackung im Netzwerk der Organisation heraus Schälen und wie Sie die res publica der Zukunft, die ja nicht mehr mit dem überkommenen Staat gleichzusetzen ist, zeichnen werden.

Dankenswerterweise haben Sie, lieber Ralf Dahrendorf, die Moderation unseres Gesprächs übernommen. Sie werden das, wie ich weiß, liberal und mit Autorität tun.

Maier

Bürger, res publica, Verantwortung - das sind Begriffe mit unscharfen Rändern. Gleichwohl ist ihr innerer Zusammenhang erkennbar. Das Wort Bürger gehört etymologisch zu Burg (= Stadt), so wie griechisch polites zu polis gehört und lateinisch civis zu civitas. Der Begriff des Bürgers - ein gemeineuropäischer Begriff kommt vom antiken Stadtstaat her. Bürger und bürgerliche Gesellschaft verweisen aufeinander. Der Bürger, das ist einer, der Verantwortung für die bürgerlichen, die öffentlichen Angelegenheiten übernimmt, der bereit ist, für etwas Allgemeines zu handeln, für etwas, das man Bürgergemeinde, Bürgerschaft nennt. Solche Verantwortung kann naturgemäß erst wahrgenommen werden, wenn sich gegenüber dem Partikulär-Eigenen ein bürgerliches Leben entwickelt und durchgesetzt hat, wenn also die Gesellschaft über Familien, Sippen, Stämme, naturhafte Gliederungen hinausgewachsen ist.

Zukunft der Verantwortung - diese Themenformulierung legt die Vermutung nahe, daß diese Zukunft gefährdet sei, daß sie zumindest offen ist. Darüber Näheres zu erkunden, ist die Absicht dieser einleitenden Bemerkungen. Ich gehe in drei Schritten vor: Zunächst frage ich, wie sich öffentliche Verantwortung im Abendland entwickelt hat (I); die zweite Frage gilt den heutigen Erscheinungsbildern bürgerlicher Verantwortung, ihren Problemen, Defiziten, Krisen (II); und schließlich soll gefragt werden, wie öffentliche Verantwortung in der Zukunft aussehen könnte (III).

I

Gefüge öffentlicher Verantwortung haben sich historisch aus drei Traditionen gebildet: einer griechisch-römischen, einer christlichen, einer neuzeitlichen. Thesenhaft gesprochen: Die Antike entwickelte den Gedanken bürgerlicher Hingabe an den Staat. Das Christentum machte politisches Handeln rechenschaftspflichtig vor Gott und dem Gewissen. Die Moderne zergliederte die Macht und schuf kontrollierbare Verantwortungsbereiche. Alle heutigen Verantwortungssysteme, alle Formen von "responsible government" sind komplexe Verbindungen dieser Traditionselemente.

Betrachten wir zunächst den griechisch-römischen Beitrag. Er ist insofern grundlegend, als hier mit dem Allgemeinen der Stadt (polis) zugleich der dieses Allgemeine verkörpernde Mensch, der polites, auftritt. Dieser Bürger ist nicht einfach der in der Stadt Wohnende (auch Sklaven und Metöken wohnen in der Stadt); er stellt auch keineswegs die Mehrheit der Bevölkerung dar (numerisch ist er eine Minderheit). Der Bürgertitel verweist auch nicht auf etwas Ähnliches wie Menschenrechte (die es, nach Jacob Burckhardts schneidender Feststellung, im Altertum nicht gibt).

Was heißt also Bürger-Sein? Nun, in erster Linie Teilnahme am Regieren, Hingabe an den Staat, Identifikation mit der Polis. Solche Identifikation kann der Bürger mit seiner Polis in ewigem Ruhm verbinden; sie kann ihn ebenso ins Vergessen, in den Untergang schleudern. Der bios politikos, das bürgerliche Leben, wie es hier verstanden wird, zieht sein Pathos aus der radikalen Ent-Individualisierung: Nicht zufällig ist der Widerpart des polites der idiotos, der in die idia, das Private, Lokale, Partikuläre, Stammesmäßige verfangen ist.

Ent-Individualisierung und Identifikation mit der Bürgergemeinde stehen am Anfang der abendländischen Politik. Dieser Ursprung ist noch weit in die Neuzeit hinein gegenwärtig: so wenn Karl V. seine Gegner verachtungsvoll als "particuliers" bezeichnet oder wenn Hegel "eigenwilliges Tun" und "Einzelheit" als Gegenpol zur Staatsgewalt empfindet oder wenn Marx die bürgerliche Kultur gegen das verteidigt, was er, gut griechisch, die "Idiotie des Landlebens" nennt.

Auch der civis Romanus wächst aus dem Stadtbürger hervor. Freilich integriert hier der Bürgerbegriff von Anfang an größere territoriale Einheiten, bis sich in spätantiker Zeit das Stadtbürgerrecht der res publica zum Reichsbürgerrecht des Imperium Romanum erweitert.

Ist Bürger im antiken Sinne also einer, der die Sache des Staates bedingungslos zu seiner eigenen macht (und dafür im günstigen Fall Ruhm gewinnt und in der Bürgerschaft fortlebt), so kehrt das Christentum die Akzente um: Es entrückt das Bürgerrecht in den Himmel, es macht die Menschen zu Fremdlingen, Pilgern auf Erden und begründet damit den bis heute vorherrschenden Dualismus von christlicher und bürgerlicher Existenz. Jetzt werden die einfachen Formen politischer Identifikation brüchig: Am Beispiel des Ruhmes enthüllt Augustin die Selbstbezogenheit, die latente Verantwortungs-Unfähigkeit der antiken politischen Kultur.

Verantwortung wird jetzt neu und strenger gefaßt: Wie der Mensch über sein ganzes Leben Rechenschaft ablegen muß vor dem ewigen Richter, so wird jetzt auch der politische Bereich zum Raum persönlicher Verantwortung; jeder Schritt muß bedacht, jede Handlung überlegt und

abgewogen werden. In den Fürstenspiegeln entwickeln sich Formen einer religiös-pädagogischen Ethik. Der mittelalterliche Konstitutionalismus hantiert mit religiös begründeten Sanktionen. In der Neuzeit macht der Katholizismus die Herrscher rechenschaftspflichtig gegenüber Kirche, Priestertum, Gewissen - in dieser Reihenfolge. Im Protestantismus sind die institutionellen Gewichte schwächer, die inneren Gewissensinstanzen aber bestehen fort - von der bewußt kirchlichen Politik evangelischer "Betefürsten" bis zum individualistischen Umgang Bismarcks mit den Losungen der Brüdergemeinde.

Aber den entscheidenden Schritt zur Organisation von Verantwortlichkeit tut erst der moderne Verfassungsstaat. Er schafft klare Verantwortungsräume und Verantwortungszeiten. Er macht deutlich, wer sich zu verantworten hat, in welchen zeitlichen Abständen, vor welchen Instanzen, mit welchen Verfahren der Bestätigung oder Verwerfung. Vor allem: Er zerlegt die Machtausübung und macht sie dadurch der Übersicht und Kontrolle zugänglich. So tritt neben die historische Verantwortung (für die Zukunft der Polis) und die innere Verantwortung (vor einer jenseitigen Macht) eine Vielzahl rechtlicher und politischer Verantwortlichkeiten in der Zeit. Diese Verantwortlichkeiten dehnen sich in der modernen Demokratie auf die ganze Breite des Staatslebens aus: responsible government heißt, daß die Herrschenden insgesamt den Beherrschten verantwortlich sind.

Jede der geschilderten Traditionen hat Entscheidendes zur Entstehung politischer Verantwortlichkeit beigetragen. Jede bedarf aber auch der Ergänzung, der Korrektur durch die andere. Für die antike Überlieferung ist das ganz deutlich: Trifft die Identifikation von Staat und Bürger einen Nerv des Politischen - Ehrgeiz und Wille zur öffentlichen Wirksamkeit, Freude an der Macht, aber auch am Amt, Selbsterweiterung durch Selbstentäußerung, "Heimfall ans Allgemeine" (J. Burckhardt);-, so ist solcher Antrieb immer auch in Gefahr, in Personenkult, Egomane, Tyrannis umzuschlagen.

Solchem Naturstand des Politischen gegenüber ist christliche Gewissensschärfung ein unentbehrlicher Widerpart. Aber auch sie kann ins Problematische entgleiten, in Weltflucht, Risikoscheu, Abtretung der Entscheidungen an andere, in Spiritualismus und Klerikalisierung - ganz abgesehen davon, daß ihr Vollzug im Unsichtbaren bleibt. Daß auch die Mechanismen der Gewaltenteilung trotz ihrer wohltätigen Wirkung im Alltag keinen absoluten Schutz in Krisenzeiten darstellen, dafür bietet unser Jahrhundert viele Beispiele. Entscheidungsfreude im Ungewissen kann durch Übernormierung geschwächt werden; Norm treue kann die Risiken einebnen, die mit Politik nun einmal verbunden sind; der politische "Unternehmer" wird zum ausführenden Organ, das nur noch Teil-Verantwortungen kennt.

II

Damit bin ich bei der zweiten Frage: Wie steht es mit den heutigen Erscheinungsformen bürgerlicher Verantwortung? Korrespondieren sie noch mit den skizzierten Traditionen? Haben sich neue Formen entwickelt? Das Thema ist fast uferlos; ich beschränke mich auch hier auf wenige Thesen.

1. Deutlich ist wohl eine Schwächung der Natur-Antriebe des Politischen in der modernen Welt. Ehrgeiz, Ruhmbedürfnis, Sich-auszeichnen-Wollen, Weiterleben im Staat - solche Motive dürften heute eine weit geringere Rolle spielen als noch im 19. Jahrhundert, von früheren Zeiten nicht zu reden. In jedem Fall werden sie klug verborgen. Sie sind nicht mehr öffentlichkeitswirksam, ja kaum noch öffentlichkeitsfähig. Politik und Politiker sind umstellt vom organisierten Mißtrauen. So will es der Rechtsstaat, die gewaltenteilende Demokratie. Parlamentarische Kontrolle, so vermerkt der Schweizer Staatsrechtslehrer Kurt Eichenberger, "ist von einer negativkritischen Haltung. Sie fragt nicht nach dem, was gut ist - das Zulänglich-Richtige ist selbstverständlich;-, sondern nach dem, was nicht,klappt'. Sie prangert an, und bestenfalls entläßt sie mit dem Befund, es sei zur Zeit (noch) nichts Nachteiliges zu entdecken. Ihr Ziel ist die Ermittlung dessen, was nicht,in Ordnung' ist, und daran mag sich die kühle Reinigung des Unreinen anschließen."

Ich kritisiere das nicht, es ist die Konsequenz einer Zügelung der Macht, wie sie der westliche Verfassungsstaat seit 200 Jahren erfolgreich in die Wege geleitet hat. Aber die Konsequenzen, die Nebenfolgen dieser an sich begrüßenswerten Entwicklung müssen gesehen werden. Wird das Politische generell unter Verdacht gestellt, der Politiker in einer ständigen "Purgierungsaskese" (Eichenberger) gehalten, so muß man sich nicht wundern, daß kräftige Naturen ihre Selbstentfaltung lieber in den Sphären Sport und Unterhaltung, vielleicht noch Wissenschaft und Wirtschaft suchen - aber nicht mehr in der Politik. Es ist daher kein Wunder, daß jene perikleische Stimmung der "Lust im Amt" oder jenes "fruamur papatu" des Enea Silvio Piccolomini in der modernen Welt nicht mehr aufkommen will - es würde Verdacht erregen, ja als Zynismus empfunden werden.

Man mag einwenden, die vielen Skandale in der Politik zeigten doch die Notwendigkeit parlamentarischer und richterlicher Kontrollen überdeutlich. Ich fürchte, daß man hier einem Sehfehler unterliegt: Der politische Bereich ist, im Unterschied zu anderen Bereichen, heute so gut erschlossen

und durchsichtig gemacht, er liegt so sehr im Flutlicht der öffentlichen Meinung, daß Fouls und Verstöße gar keine Chance haben, übersehen zu werden. Längst haben sich die Politiker dem angepaßt. Sie spielen nicht mehr ihr Ich aus, sondern reißen sich am dünnen Riemen der Pflicht. Ob das für Krisenzeiten reicht? Ich habe Adenauer im kleinen Kreis sagen hören, Brüning habe "der Sinn für die Spiele" gefehlt, daran sei er gescheitert. Das ist es wohl: Ohne Rückgriff auf psychische Reserven läßt sich eine ungewöhnliche Situation kaum meistern.

2. Gefährlicher scheint mir eine zweite Entwicklung zu sein: die Abkehr vom Allgemeinen, die emphatische Hinwendung zu den "idia", zum Einzelnen, Lokalen, Partikularen. Sie ist heute allenthalben sichtbar. "Small is beautiful", das Kleine, Versteckte, Übersehene hat Konjunktur. Heimatgefühle werden gegen den "Racker Staat" und seine zentralistischen Planungen mobilisiert. Zwergschule und Stadtteilbühne haben Konjunktur, die nostalgische Eckkneipe wehrt sich erfolgreich gegen das neue Hochhaus, ein Bedürfnis nach Befestigung, Behausung breitet sich aus nach Jahren eines wahren Mobilitäts-Rauschs. Ein Gespräch über Bäume und (neuerdings) über Wolken ist längst keine Zumutung mehr - zumal die Deutschen fühlen sich hier im Zentrum des politischen Diskurses. Längst hat sich das Wort "Bürger" vom Staat gelöst und ist eine neue Liaison mit dem Partikularen, Anti-Zentralen eingegangen: Bürgerinitiativen, Bürgerforen, Bürgerbegehren. Ein Hauch von direkter Demokratie liegt in der Luft, im Lokalen, Regionalen organisiert sich frisches Engagement. Aber vom Staatsganzen hört man nur Skandalbotschaften, und das Gemeinwohl, so scheint es, ist ein grauer Schulbegriff geworden.

Ich will keine Karikatur zeichnen. Ich weiß natürlich, daß das Allgemeine in den vergangenen Jahren auch überstrapaziert worden ist: Die Bildungsreform, aber auch die Gebietsreform sind naheliegende Beispiele. Man könnte vieles andere nennen. Die zweite Aufklärung ging mit allzuviel Selbstsicherheit zu Werk. Ihre Erziehungsentschlossenheit war (leider) von keinem Zweifel angefochten. Kein Wunder, daß die Mehrheit der Menschen heute des täglichen Erzogenwerdens - durch Medien, Hochsprache, Sozialmoral - gründlich überdrüssig sind. Das war übrigens immer so. Jede Aufklärung trägt eine Romantik in sich. Auf Voltaire-Zeiten folgen Rousseau-Zeiten.

Freilich sollte man nun nicht von einem Extrem ins andere fallen und eine Sache gutdeutsch um ihrer selbst willen übertreiben. Eigen-Sinn ist gut, und gerade in einem föderativen Staatsgebilde muß es viele Wohnungen, viele sprachliche und politische Ausdrucksmöglichkeiten geben: dies um so mehr, als übernationale Organisationen, die den Nationalstaat ablösen könnten, noch nicht sichtbar und verfügbar sind. Aber das Staatsinteresse muß gleichwohl erkennbar werden. Nicht alles Private, Verbandliche, nicht alles Rätische und Ständische sollte - wie heute leider üblich - den Mantel des öffentlichen Interesses um sich schlagen. Es darf nicht dahin kommen, daß der Staat mit den "particuliers" auf gleicher Stufe um die Verteilung der Macht kämpfen muß - so als gäbe es in der Gesellschaft eine Vielzahl autogener Gewaltträger, aus deren friedlich-unfriedlichem "Bargaining" am Ende so etwas wie der Gemeinwille hervorgeht. Daß eine solche Vorstellung vor-konstitutionell, stände- und rätestaatlich ist und daß sie rasch ins Zeitalter von Faust und Fehde zurückführen würde, darauf hinzuweisen ist 1986 ebensoviel Anlaß wie 1968.

3. Von einer anderen Seite wird heute das überlieferte Bürger-Engagement in Frage gestellt. Wer Politik treibt muß auf vieles verzichten: Familienleben, Beruf, Freizeit. Sein Gefühlshaushalt wird klein. Er wird in Pflicht genommen. Solchem Zwang zur Entäußerung, zur Ent-Individualisierung widerspricht die heute immer stärker sich ausbreitende Tendenz zum Privaten, zur Intimität. Man befrage nur die Sprache: Die Selbsttendenzen sind im Kommen: Selbstbestimmung, Selbsterfahrung, Selbstfindung, Selbstverwirklichung. "Freiraumorientierte" Werte haben Konjunktur: Emanzipation, Hedonismus, Muße, Genußfähigkeit - jüngst von den Grünen sogar für Lehrcurricula eingeklagt;- , selbst "die noble Passion der Ausschweifung" (Lafargue) ist heute leichter in der Öffentlichkeit durchzusetzen als Pflicht- und Akzeptanzwerte. Ent-Individualisierung, Dienst, gar Hingabe sind gründlich out. Gegen moralische oder politische Bedenken hat sich dieser "Wertewandel" listig immunisiert, indem die neuen Leitbilder als "postmaterielle Werte" gehandelt werden. Gäbe es einen Preis für den Euphemismus des Jahrzehnts, diese Wortschöpfung müßte ihn erhalten.

Im Gemenge neuer Lässigkeiten spielt die Kultur des Gefühls eine betonte Rolle. Sie wird herausfordernd der klassischen Ratio entgegengesetzt. "Ich will nicht sachlich sein, ich bin besorgt", so äußert sich Robert Jungk im "Atomstaat". Das ist ehrenwert als individuelle Position, macht jedoch das gemeinsame politische Leben nicht leichter. Gefühlsbetroffenheit schafft einen Sog, äußert sich in Mitleid oder Empörung, schmiedet die zusammen, die vor Wut, Entsetzen oder Verzweiflung nicht mehr anders können. "Bürgerliches" Engagement ist das natürlich nicht. Dieses kann erst dort beginnen, wo gesprochen, diskutiert, an die gemeinsame Vernunft appelliert und schließlich rational entschieden wird. Politik mit Gefühlen, Politik mit der Angst ist schlechte Politik. Hegels harte und

verächtliche Worte gegen den "Brei des Herzens" mögen uns heute allzu selbstsicher klingen - richtig daran ist doch, daß sich mit schierer Sentimentalität kein Staat machen läßt.

4. Können in dieser Lage Religion und Kirchen helfen? Wie steht es mit dem religiösen Verantwortungs-Forum, das in der Entwicklung bürgerlicher Verantwortung eine so große Rolle gespielt hat?

Zweifellos spielen religiöse Strömungen in der heutigen Verantwortungsdebatte eine gewichtige Rolle. Wo immer Politik, Wirtschaft, Technik über den einzelnen hinausgreifen und das Schicksal ganzer Generationen berühren, wo sie Weichenstellungen vornehmen und Bindungen für eine weite Zukunft eingehen, dort meldet sich unvermeidlich die theologische Reflexion zu Wort. Auch der bedeutendste Versuch, Verantwortung als zentrale Kategorie der Politik im technologischen Zeitalter zu begreifen. Hans Jonas' "Das Prinzip Verantwortung" (1984) verleugnet dieses Erbe nicht; seine Kritik der Utopie, seine "Heuristik der Furcht" angesichts der grenzenlosen Möglichkeiten des Menschen, sein Versuch, die Vergangenheit als Quelle des Wissens vom Menschen neu zu entdecken, stehen fest auf dem Boden jüdisch-christlichen Denkens über die Linearität und Unumkehrbarkeit der Zeit. Ich wage auch die These, daß die Politiker - jedenfalls die ernsthaften, die nachdenklichen - in allen Teilen der Welt diese Perspektive eindringlich vor Augen haben, daß sie sich bewußt sind, mit ihren gegenwärtigen Entscheidungen Folgen auszulösen wie nie in der Geschichte der Menschheit. Welche Folgerungen sie freilich aus dieser Einsicht ziehen, das steht auf einem anderen Blatt.

Hier wird eine Grenze der Wirksamkeit christlicher Traditionen spürbar. Christliche Überlieferung wirkt heute nach wie vor eindringlich als Element individueller Gewissensschärfung (auch in säkularisierten Varianten der Rechenschaftspflichtigkeit). Sie materialisiert sich aber heute sehr viel schwerer als früher in einem inhaltlichen Katalog der Verantwortungen oder gar in einem öffentlich anerkannten Forum der Rechenschaft. Der Gewissensappell wird nicht mehr (oder nur unzulänglich) ergänzt durch eine Soziallehre, durch normative Bilder der Gerechtigkeit, durch eine verbindliche Verhaltenslehre. Auch Sanktionen fehlen. So wird das Gewissen zum Formalprinzip. Als solches ist es durchaus wirksam: es drückt, sticht, macht wach. Aber es weist nicht die Richtung. Die Einsicht, daß Gewissen auf Wissen beruht, conscientia auf scientia verweist, ist weitgehend verlorengegangen.

5. Am schwierigsten ist es wohl, eine Bilanz im Bereich des modernen Verfassungsstaates zu ziehen. Hier stehen Gewinne und Verluste einander gegenüber. Auf der einen Seite hat das Prinzip des "responsible government" im Geltungsbereich rechtsstaatlicher Demokratie die letzten Räume erreicht, die letzten Widerstände überwunden. Auf der anderen Seite mehren sich die Stimmen, die beklagen, daß Verantwortung immer ungreifbarer, die Verantwortlichen immer unsichtbarer werden. Auf der einen Seite sind die Sanktionen für politisches Fehlverhalten (auch außerhalb rechtlicher Verantwortlichkeit im engeren Sinn) allgegenwärtig; auf der anderen Seite scheint gerade diese Regelungsdichte zu bewirken, daß man kaum noch Verantwortliche findet. Auf der einen Seite werden die Institutionen mit Berichtspflichten, Rechenschaften, Kontrollen, Untersuchungsausschüssen, Gerichtsverfahren überzogen; auf der anderen Seite scheinen sich die Verantwortungen von den Institutionen zu entfernen - bis hin zur Wiederkehr alter Formen der Selbsthilfe, des Faustrechts, der Fehde gegen den Staat. So erschreckend das klingt: Junge Menschen dürften heute das Wort Verantwortung hauptsächlich aus Meldungen vernehmen, in denen Gewalttäter - natürlich aus sicherem Hinterhalt und ungreifbar - "die Verantwortung" für ihre Taten übernehmen. Nichts kann die Leiden des "responsible government" in der Zeit seiner universellen Geltung eindringlicher vor Augen führen.

III

Und nun - was bleibt an Folgerungen für die "Zukunft der Verantwortung" zu ziehen? Welche Prognosen sind zu stellen, welche Therapien anzuraten? Ich beschränke mich auf wenige Thesen.

1. Zum antiken Erbe: Kaum entbehrlich erscheinen mir die Formen spontaner psychischer Identifikation von Bürger und Polis, Bürger und Staat. Sie bieten den Naturstoff, aus dem alle Politik lebt, die Antriebsenergie, die nötig ist, um Widerstände zu überwinden, Entbehrungen auszuhalten, Enttäuschungen zu bestehen. Mag dieser Naturstoff später christlich geformt und verfassungsstaatlich gehegt werden - er muß vorhanden sein, damit Politik als Verantwortung für ein Allgemeines entstehen kann. Die Leidenschaft für den Staat, die das Ich überwindet, muß im Ich selbst gründen; das Persönliche darf in der Hingabe nicht verschwinden, es muß größer werden, dauernder. Handeln im Ungewissen ist das Risiko des Politikers. Daß er es eingeht, macht seine spezifische Ehre aus. Diese Ehre darf ihm nicht genommen werden, auch nicht unter dem Vorwand vermeintlicher Sicherung des Gemeinwohls. Sonst wird er zur Marionette, zum sicherungssüchtigen Opportunisten, sonst geht er wirkliche Verantwortung nicht ein.

Dahrendorf

Wir haben heute das Vergnügen, daß mindestens zwei jener einigermaßen seltenen politischen Persönlichkeiten unter uns sind, die ihre Fähigkeit sowohl zum politischen Gestalten als auch über die aktuellen Bezüge weit hinaus zu denken vielfach unter Beweis gestellt haben. Vorhin hat Herr von Weizsäcker in seiner Laudatio auf den Gesprächskreis und jetzt Herr Maier in seinem Referat wichtige Anregungen für unser nun folgendes Gespräch gegeben. Es ist ja nicht ganz leicht, so präzise über das Allgemeine zu reden, und doch ist es außerordentlich nützlich. Herr Maier, ich werde nicht aufhören, den Konservativen um eine Ironie zu beneiden, die nie zum Zynismus wird.

Man kann unser Thema "Bürger und res publica" sicher von vielen Aspekten her angehen. Mich persönlich interessiert zum Beispiel sehr die Geschichte der Entwicklung der Bürgerrechte in den letzten 200 Jahren, also all das, was durch die amerikanische Verfassung und die Französische Revolution eingebracht worden ist. Das hängt mit dem Begriff des Staatsbürgers eng zusammen, was in ihm an angewandter Aufklärung enthalten ist.

Ebenso wichtig wäre die Frage: Was ist eigentlich der politische Raum, in dem dieser Staatsbürger seinen Ort finden und seine Verantwortung übernehmen kann? Herr Maier hat mit Recht auf die Tendenz zum Partikularen, zum Privaten, zu den idia hingewiesen.

Es bleibt aber auch die andere Frage offen, ob es uns schon gelungen ist, politische Räume für die Tätigkeit des Bürgers zu finden, die über die traditionellen Nationen hinausgehen oder ob hier nach wie vor die Nation eine eigentümlich unentbehrliche Rolle spielt.

Wenn man solche Fragen formuliert, wird sich bei manchem von Ihnen sicher schon Protest regen: Von welcher res publica sprechen wir eigentlich, wenn es um die Möglichkeiten des Bürgerengagements geht? Man könnte auch die Frage der Mediatisierung, die Herr Körber angedeutet hat, der mannigfachen Gruppierungen, die zwischen dem Bürger und der Verantwortung stehen, zur Diskussion stellen.

Vielleicht wäre es aber ganz sinnvoll, all diese Fragen einmal auf die besondere Rolle des Politikers im Spannungsfeld von Bürger und res publica zu beziehen. Wie verhalten sich Politiker in diesem Spannungsfeld? In welcher Weise vermitteln oder prägen Politiker das Verhältnis von Bürger und res publica? Was hat sich daran gegenüber früher geändert? In welcher Weise wird Politikern das Leben zu schwer oder auch zu leicht gemacht? Ist das Bild, das Max Weber entworfen hat, noch angemessen?

Ich will Ihre Beiträge nicht darauf beschränken; aber wenn wir uns diese Thematik als Leitfaden nehmen und fragen, was wir uns als den Ort der politisch Führenden, ja, der politisch Tätigen überhaupt vorstellen, könnten wir möglicherweise zu interessanten Ergebnissen kommen.

Im übrigen bin ich der Meinung, daß wir bei unserem Thema kaum hoffen können, in der Sache zu einem einheitlichen Ertrag zu kommen. Ich halte es ohnehin für wichtiger, daß in der Diskussion die verschiedenen Erfahrungshintergründe und Denkfiguren, die hier vertreten sind, zum Ausdruck kommen.

Fuchs

Bayerische und hanseatische Politiker stimmen offensichtlich in vielen Grundsatzpositionen durchaus überein, vielleicht weil beide entscheidungsfreudig sind. Vielem von dem, was Herr Maier ausgeführt hat, kann ich zustimmen. Auch mich interessiert die Frage, wie die Politik in einer pluralistisch organisierten Gesellschaft zu Entscheidungen kommt, die tragfähig sind. Der Bundespräsident hat ja heute morgen das Verhalten von Politikern in diesem pluralistischen Gefüge sehr eindrucksvoll charakterisiert.

Ich meine, Herr Maier, daß diesem Staat heute das Selbstverständnis fehlt, Entscheidungen zu wollen und auch durchzuhalten. Und ich frage mich, wie kommt es eigentlich, daß Bürgersinn heute dermaßen individualistisch verstanden wird, daß das Gemeinwohl letztlich auf der Strecke bleibt? Sie erwähnten die Bürgerinitiativen. In der Tat zeigt sich überall, daß der kleine lokale Bezug, die Ausrichtung an individuellen Interessen als immer wichtiger angesehen werden, während die Orientierung am Gemeinwohl mehr und mehr verlorengeht.

Diese Entwicklung hängt zweifellos mit dem organisierten Pluralismus zusammen, der alle Reformansätze des Staates zu mehr Gemeinwohlorientiertheit versickern läßt. Ich könnte Ihnen aus dem Bereich der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fabelhafte, gemeinwohlorientierte Konzepte nennen, die alle sofort an den starken pluralistischen Interessenorganisationen scheitern würden, die ihre

individuellen Interessen auf Kosten des Gemeininteresses durchsetzen. Ich frage mich, wie die Politik an diesem Zustand etwas ändern könnte.

Auch die Übernahme von Verantwortung muß gewollt werden; es nützt nichts, sie zu beschwören. Wie will man aber Menschen motivieren, in unserer Gesellschaft Verantwortung zu übernehmen, wenn sich in der Politik derart Kungelei, Entscheidungsschwäche und Herumreden bei Problemen breitmachen. Wie schaffen wir es, das Gemeinwohl wieder vor die Interessenvielfalt zu setzen? Wie läßt sich das Gemeinwohl überhaupt definieren?

Gemeinwohl bedeutet, Sachargumente zu überlegen und sich dann zu fragen, wie das Interesse des Staates zu gewährleisten, welcher Kompromiß in der Sache möglich ist.

Bei unseren Mehrheitsverhältnissen im Parlament geht es aber nicht um Kompromisse über Sachentscheidungen, sondern um Kungeleien zum Zweck der Erhaltung der Mehrheit: Kommst Du mir in dem einen Punkt entgegen, halte ich in dem anderen still. Das aber kann den politisch interessierten Bürger nicht überzeugen.

Weidenfeld

Ein Satz von Herrn Maier ist bei mir besonders haften geblieben: "Den Handelnden guten Gewissens handeln lassen." Was geschieht eigentlich, wenn Sie keinen Adressaten mehr für diesen Appell finden? Aus meiner Beobachtung der politischen Szene in den zurückliegenden Jahren ziehe ich jedenfalls den Schluß, daß diejenigen, die politische Verantwortung tragen, durchaus nicht darauf aus sind, in einer verantwortungsscheuen Gesellschaft ihre Handlungsmarge auszudehnen, sondern ihnen geht es eher darum, diese Handlungsmarge um der eigenen Sicherheit und um der Reduzierung des politischen Risikos willen zu verringern. Selbst wenn die politische Philosophie "Entbürokratisieren und Freiheitsräume vergrößern" lautet, werden unterhalb der Abstraktionshöhe dieser Philosophie im politischen Alltag diese Räume bereits wieder reduziert und verbürokratisiert. Dies geschieht, indem das Gesetz, das zum Zweck größerer Freiheit aufgehoben worden ist, gewissermaßen durch die Hintertür, auf dem Verordnungswege wieder eingeführt wird, um keinesfalls mit einer breiten Entscheidungsmarge konfrontiert zu werden. Daraus könnten sich ja risikoreiche Verantwortlichkeiten für die Politiker ergeben.

Für mich stellt sich von daher die Frage, ob die Handelnden, an die Sie Ihren Appell richten, wirklich Opfer dieser Entwicklung sind, oder ob die Politiker diese Strangulierung gesellschaftlicher Freiräume nicht vielmehr selbst vorantreiben, weil sie gar nicht so sehr daran interessiert sind, ein höheres Maß an Verantwortung zu übernehmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich einen grundsätzlichen Aspekt ansprechen, den ich in Ihrem eindrucksvollen Referat etwas unterbelichtet fand. Sie haben Ihre Überlegungen vornehmlich auf die subjektive Disposition gerichtet in Aufrufen an den einzelnen: "Handelt doch verantwortlich, bekennt Euch zur Verantwortung!" Dabei haben Sie meines Erachtens die strukturellen Schwierigkeiten zu wenig berücksichtigt, die unter den gegenwärtigen Bedingungen der Übernahme von Verantwortung entgegenstehen.

Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Erstens: Internationalisierung unseres Landes. Die Probleme wandern gewissermaßen über die politischen Grenzen hinaus, während die politische Entscheidungsstruktur dem so gut wie keine Rechnung trägt. Wie kann man dann bei solchen Themen Verantwortung übernehmen? Das Auswandern von Problemen bedeutet auch ein scheinbares Auswandern von Verantwortlichkeiten.

Zweitens: Arbeitsteilige Spezialisierung des Wissens. Der Sektor, auf den sich der Zugriff unserer Sachkompetenz erstreckt, wird immer kleiner. Hier kommen wir ohne Vertrauen in die Sachkompetenz des anderen gar nicht mehr aus. Was aber wird, wenn dieses Vertrauen sich als ungerechtfertigt erweist? Wie kann man da verantwortlich sein?

Drittens: Die Verteilungskonflikte in der Gesellschaft haben ihren Charakter verändert. Ursprünglich hatten wir es mit den klassischen Konflikten um materielle Güter zu tun, um mehr Konsummöglichkeiten zum Beispiel oder um mehr Bildung. Dagegen wird unser gesellschaftliches Leben seit einiger Zeit mehr und mehr von Konflikten um Risiken dominiert: Bedrohung der Umwelt, Grenzen der Wissenschaft, Gefahr der Selbstvernichtung, Folgen der Rationalisierung. Diese Konflikte lassen aber, im Unterschied zu den klassischen Verteilungskonflikten, keine soziale Zuordnung mehr zu, sie sind diffus. Wie soll man da Verantwortung übernehmen?

Ich halte es vor diesem Hintergrund für eine geradezu natürliche Entwicklung, daß mit schwindender Vertrautheit mit der Gegenwartsgesellschaft als Fluchtpunkt und Ausgleich die Konjunktur der kleinen

Räume einsetzt, die Hans Maier beschrieben hat, wo man in der Tat noch verantwortlich handeln kann. Empirische Untersuchungen zeigen, daß die Bereitschaft, Verantwortung im kleinen, überschaubaren Bereich zu übernehmen, vielfältig vorhanden ist, wo man sowohl die Situation als auch die Konsequenzen des eigenen Tuns noch übersehen kann, während die Menschen immer weniger bereit sind, Verantwortung zu übernehmen, wo die politischen Verhältnisse nicht mehr transparent sind.

Mein Eindruck ist von daher, daß die sozialpsychologischen Grundlagen unseres gesellschaftlichen Lebens sehr viel labiler sind, als wir unter der Oberfläche der Stabilität und der Normalität des politischen Geschehens annehmen. Der bloße Appell an die subjektive Disposition des einzelnen, Verantwortung zu übernehmen, wird da wahrscheinlich nicht ausreichen.

Kaiser

Wie kann man eigentlich erwarten, daß der Bürger bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, wenn die Politik so organisiert ist, daß sie in zunehmendem Maße abstößt? Es hat mich nachdenklich gestimmt, als vor kurzem ein Gymnasiast, der den Bundestag besucht hatte, kopfschüttelnd zu einem Reporter sagte: "So, wie die Abgeordneten miteinander umgehen, ist das bei uns in der Schule nicht mehr möglich." Die Politik vermittelt heute dem Bürger ein Bild - und das hat viel mit der politischen Kultur in unserem Lande zu tun;- das ein Freund-Feind-Schema widerspiegelt. In den Bundestagsdebatten scheint es normal zu sein, den Gegner in einer Weise zu behandeln, die an Diffamierung grenzt. Das macht die Politik für viele Menschen, die das täglich durch die Medien vermittelt bekommen, nicht eben attraktiv.

Dem steht eine ganz andere Realität von Politik gegenüber, die wohl 80 Prozent der Arbeit des Deutschen Bundestages ausmacht, nämlich in den Ausschüssen. Dort gehen die gleichen Abgeordneten, die ihren Gegner eben noch im Plenum beschimpft haben, durchaus sachlich miteinander um. Diese ganz andere Art des Umgangs bekommt der Bürger jedoch nicht mit.

Hier ist in unserer politischen Kultur etwas verrutscht, was die Politik beim Bürger in Verruf bringt. Liegt darin nicht eine der wesentlichen Ursachen für die von Herrn Maier erwähnte Tendenz zum Partikularismus? In den vielen partikularen Handlungsräumen gelten eben noch andere Regeln, herrscht eine gewisse Toleranz. So ist beispielsweise der heutige Diskussionsstil an den deutschen Universitäten unter den Studenten von einem erfreulichen Ausmaß an Toleranz geprägt, wie es vor fünf oder zehn Jahren keineswegs der Fall war.

Wodurch wurde eigentlich die negative Entwicklung des politischen Stils im Umgang miteinander verursacht, eine Entwicklung, die ja kaum noch Gemeinsamkeiten unter politischen Gegnern zuläßt, selbst da nicht, wo sie besonders wichtig wären, nämlich im Bereich der Außenpolitik? Hat das etwas mit der Rekrutierung des politischen Personals zu tun? In allen Parteien ist eine Tendenz zu beobachten, daß der Typ von Politiker Karriere macht, der sich auf der lokalen Ebene bewährt hat und der sich ausschließlich mit Politik beschäftigt. Daß Politiker auch einen Beruf haben, der ihnen eine weitere Perspektive verschafft, wird immer mehr die Ausnahme. Der Anteil derer, die von der Politik beruflich voll abhängen, steigt. Wie soll ein solcher Politiker eigentlich einen Blick fürs große Ganze haben und sich am Gemeinwohl orientieren?

Die elektronischen Medien vermitteln dem Bürger ein Bild von Politik, das ihm keine Ansatzpunkte für eine eigene Teilnahme am politischen Geschehen mehr bietet. Fernsehen und Radio projizieren das große Drama von Politik, das vom Bürger weit entfernt ist - den Kampf unversöhnlicher Gegner, ja Feinde. Mit dieser Art von Politik kann er sich in keiner Weise identifizieren. Wo kann der Bürger denn noch teilnehmen, außer an Wahlen? Deshalb zieht er sich in den Bereich des Kleinen, Partikularen, Überschaubaren zurück. In diesen Bereichen kann aber das Gemeinwohl, um das es Herrn Maier ging - da von diesen Ebenen weit entfernt-, nicht mehr vermittelt werden.

Bondy

Wie anders als vom Lokalen her soll sich in föderativen Systemen wie der Bundesrepublik oder den Vereinigten Staaten von Amerika ein Politiker, ein Staatsmann entwickeln, Herr Kaiser? Helmut Schmidt war Hamburger Senator, dann Ressortminister, bevor er Regierungschef wurde. Richard von Weizsäcker war Abgeordneter, Regierender Bürgermeister und wurde dann Bundespräsident. So verlief die Entwicklung bei jedem, der in der Bundesrepublik etwas zählt. Konrad Adenauer und Ernst Reuter waren Bürgermeister. Fast alle amerikanischen Präsidenten waren zuvor Gouverneure von Einzelstaaten, mindestens Senatoren.

Es gibt eigentlich nur die Alternative: Aufstieg vom Lokalen oder plebiszitärer Charismatiker. Ein Drittes, das Ihnen offenbar wünschenswerter erscheint, kann ich nicht sehen.

Rovan

Im Bereich der Politik geht es nicht in erster Linie um so etwas wie Verantwortung, sondern primär um die Ausübung von Macht im Dienste von Interessen, Wünschen, Leidenschaften, Missionsgewißheiten oder Ordnungsvorstellungen. Zunächst einmal wird Macht ausgeübt, und wenn dann jemand in der Lage ist oder das Recht hat zu interpellieren, kann der, der die Macht ausübt, gezwungen sein zu antworten. So ist der geschichtliche Zusammenhang, so verhält es sich aber auch in der Wirklichkeit, wie ich an den Stellen, an denen ich Entscheidungen zu treffen hatte, selbst erfahren habe.

Das hat zur Folge, daß Kompromisse selten oder nie Sachkompromisse sein können, sondern vor allem die jeweilige Interessenkonstellation berücksichtigen müssen.

Lassen Sie mich eine weitere Überlegung anschließen: Der Politiker ist im Grunde nur eine Sonderform des Mediators, des Vermittlers, ähnlich Gewerkschaftlern, Journalisten, Rundfunk- und Fernsehkommentatoren. Ohne diese Mediatoren können weder die Bürger noch die Machthabenden Verantwortung tragen. Da aber jeder Mediator auf seine Weise Macht mit ausübt - das ist heute mehr denn je bei den großen Medien der Fall;- , spielt die Verantwortungsfähigkeit der verschiedenen Mediatoren eine Rolle. Der Politiker kann gezwungen werden, Rede und Antwort zu stehen. Ein Fernsehkommentator dagegen hat bis zu einem gewissen Grade Narrenfreiheit, wenn es nicht in der Macht irgendeiner politischen Kraft steht, ihn abzusetzen, was zwar eine harte, aber manchmal notwendige Art ist, ihn zur Verantwortung zu ziehen. Vielleicht gibt es andere Methoden, die eleganter sind. Ich bin jedenfalls entschieden dagegen, die Frage nach der Verantwortung nur den im Vordergrund stehenden Politikern zu stellen.

In diesem Zusammenhang eine Nebenbemerkung: Wenn von der Verantwortung des Bürgers die Rede ist, dann setzt das voraus, daß er auch Macht ausüben können muß; denn nur der Machtausübende kann verantwortlich gemacht werden. Die Frage ist: Wie ist der Bürger in der Lage, seine Macht auszuüben? In der heutiger! Welt zweifellos nicht nur durch Wählen oder durch Demonstrieren, sondern auch durch Einbindung in das System der Medien. Ich denke etwa an die Art von Meinungsumfragen während einer Fernsehsendung, bei denen am Ende herauskommt, in welchem Maße das Publikum seine Meinung geändert hat, nachdem es, sagen wir, Herrn Le Pen gesehen und gehört hat. Da zeigen sich Elemente einer neuen Art von Mobilisierung des Bürgers.

Schließlich: Was wir heute erleben, ist nicht nur eine Rückkehr zum Kleinen, eine Art von neuem Biedermeier, sondern gleichzeitig eine Tendenz zum Weltweiten, die ebenfalls eine Flucht aus der eigentlichen Verantwortung darstellt. Sehen Sie sich etwa an - um ein unpopuläres Thema zu nehmen;- , in welcher Weise man sich zur Frage der Apartheid äußert, ein Thema, das weder unsere Bürger noch die Regierungen wirklich kennen. Es geht nicht darum, den Buren recht zu geben; aber daß es auch um ihre Existenz geht, darüber ist so gut wie nichts zu lesen und zu hören. Es ist also nicht nur der Rückzug zum unverantwortlich Kleinen, sondern auch die Flucht ins unverantwortlich Große, mit der wir heute konfrontiert sind.

Engert

Wenn Frau Fuchs das Gemeinwohl so hervorhebt, dann frage ich mich, ob ein solcher Begriff beim Bürger heute nicht nur noch homerisches Gelächter hervorruft. Wenn es darum geht, die Menschen aufzufordern, Verantwortung zu übernehmen, dann muß auch die Bereitschaft bestehen, Verantwortung zu übertragen, und diese Bereitschaft scheint mir doch zu wenig ausgeprägt.

Wie steht es um die Verantwortung des Politikers, den Herr Dahrendorf besonders angesprochen hat? Mein Eindruck ist, daß die Politiker heute in zunehmendem Maße privatisiert werden und sich selbst privatisieren, was sie an politischem Gewicht verlieren läßt. Denken Sie an die gängige Rede von den Parteien als Gewinn- und Erwerbsgemeinschaften.

Was in der Bundesrepublik auffällt, ist ein Mangel an institutionellem Denken. Das wurde beispielsweise deutlich, als sich seiner Zeit ein Regierender Bürgermeister von Berlin entschied, für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Da waren die Leute plötzlich gekränkt und verübelten dem Betreffenden das persönlich. Das heißt, hier wurde ein Politiker ganz privat genommen und nicht in der institutionellen Rolle gesehen.

Fuchs

Das ist doch verständlich, wenn man eine Führungsfigur hat, die plötzlich weggeht.

Engert

Die Frage ist allerdings, Frau Fuchs: Ist das nur ein Problem der Führungsfigur? Müssen wir uns dann nicht auch überlegen, wie ein Politiker verfaßt sein sollte, der eine solche Funktion übernimmt, und zwar aus der Sicht derer, die bereit sind, Verantwortung zu übertragen?

Was die Frage der Selbstdarstellung des Parlaments angeht, beispielsweise im Fernsehen, die Herr Kaiser angesprochen hat, so habe ich vor einiger Zeit in Ostberlin zusammen mit Kirchenvertretern aus Ost und West die Übertragung einer Bundestagsdebatte erlebt. Alle Zuschauer, ob aus dem Osten oder aus dem Westen, lehnten dieses Denken in Freund-Feind-Kategorien, das ihnen da präsentiert wurde, unisono ab.

Zur Selbstdarstellung gehört aber auch, daß sich kaum Politiker finden, die bei solchen öffentlichen Auftritten, etwa im Fernsehen, noch etwas anderes tun, als Worthülsen abzusondern. Der Politiker als Person tritt überhaupt nicht mehr in Erscheinung; er exponiert sich nicht einmal verbal, von der Sache ganz zu schweigen.

Stürmer

Interessanterweise hat Herr Maier den Begriff des Gemeinwohls nur am Rande erwähnt, obwohl, wie Frau Fuchs andeutete, in der Idee des Gemeinwohls eine Legitimation des staatlichen Handelns liegt. Dann meint Herr Engeri, der Hinweis auf das Gemeinwohl werde heutzutage allgemein nur homerisches Gelächter hervorrufen. Es scheint mir aber gerade Teil unseres Problems zu sein, daß dieser Begriff von vornherein unter Ideologieverdacht gerät.

Auf der einen Seite besteht durchaus eine Hoffnung auf so etwas wie Gemeinwohl; auf der anderen Seite gibt es, speziell in der gebrochenen deutschen Tradition, erhebliche Zweifel, ob das Gemeinwohl überhaupt definierbar und damit zu verwirklichen sei. In der Philosophie hat es im Grunde zuletzt Hegel versucht, das Gemeininteresse zu bestimmen, und hat sich dazu der Idee der monarchischen Letztentscheidung bedient.

Ersatzmonarchische Vorstellungen sind auch heute noch vorhanden. Besonders ausgeprägt war das beim Reichspräsidenten der Weimarer Republik, der zugleich eine starke den Staat verkörpernde Autorität gegen das Parlament und gegen den Interessenpluralismus ausüben sollte. Die Übermacht des Reichspräsidenten von Weimar und ihr Mißbrauch seit 1930 haben dann im Gegenzug in der Verfassung der Bundesrepublik zu einer Verherrlichung des Pluralismus geführt, der durch die grundgesetzliche Ordnung gebändigt werden soll. Auch dies erklärt den starken Bezug auf das Grundgesetz, nicht aber auf den Staat oder das Gemeinwohl.

Der Staatsbegriff weist bei uns eine eigentümliche Schwäche auf, die ja auch unsere Nachbarn häufig nach dem deutschen Selbstverständnis fragen läßt. Dabei geht es nicht um Poesie und Geschichte, sondern zentral um die Frage nach dem nationalen Interesse der Deutschen, nach ihrer Staatsräson. Ich meine, daß diese Frage notwendigerweise mit dem Problem der Verantwortung und Verantwortungsbereitschaft zu tun hat, mit Gemeinsinn und Orientierung am Ganzen, eben dem Gemeinwohl.

Das Zweite ist, daß unsere Vorstellung von Demokratie den heutigen gesellschaftlichen Bedingungen offensichtlich nicht gerecht wird. Wir unterstellen gewissermaßen, daß jeder Bürger über alles vernünftig zu urteilen in der Lage sei, was wahrscheinlich aber nicht der Fall ist. Die Überschaubarkeit der öffentlichen Angelegenheiten, wie sie in den antiken Stadtdemokratien, die Rousseau vor Augen hatte, vorhanden gewesen sein mag, war schon im 19. Jahrhundert nicht mehr und ist viel weniger noch am Ende des 20. Jahrhunderts gegeben.

Und somit geraten wir in ein Dilemma: Auf der einen Seite ist es unerlässlich, daß den Politikern und den politischen Parteien, die ja bei der politischen Willensbildung nicht nur mitwirken, sondern fast ein Monopol haben, Vertrauen übertragen wird. Auf der anderen Seite flüstert uns eine Stimme zu: Um Gottes willen, Du darfst kein Vertrauen übertragen; denn dies ist bereits in sich undemokratisch. Das heißt - und das hängt eben wesentlich mit den Brüchen unserer Geschichte zusammen;- diejenigen, denen man Vertrauen überträgt, weil anders überhaupt keine Politik mit einem Blick auf das Gemeinwohl möglich ist, werden gleichzeitig mit einem hemmungslosen Mißtrauen bedacht, und das soll als demokratische Tugend gelten. Die Vertrauenskrise ist zugleich eine Krise der Verantwortung. Die Frage ist, ob sich daran grundlegend etwas ändern läßt.

Hinzu kommt, daß durch die Berichterstattung der Medien die Komplexität der gesellschaftlichen Realität auf Freund-Feind-Verhältnisse reduziert wird, bei denen es dann nicht mehr um die Verpflichtung zu Objektivität und Wahrheit geht, sondern Manipulation, Verfälschung und Diffamierung

erlaubt erscheinen. Die Vereinfachung hängt natürlich mit den Erwartungen und der Aufnahmefähigkeit des Publikums zusammen, ist aber ebenso auch eine Frage der intellektuellen Redlichkeit und Bewältigung der Dinge. Und warum sollen Berichterstatter dazu besser in der Lage sein als viele Bürger, zumal sie heute über dies und morgen über jenes berichten müssen und häufig über Dinge, die sie selber kaum begreifen?

Das Ganze verbindet sich dann noch mit einem starken Moralismus. Ich habe nichts gegen Ethik in der Politik; ich halte sie sogar für die Basis der Politik. Wogegen ich mich aber wende, ist das ständige Moralisieren, das die deutschen Medien durchzieht wie ein Hautgout.

Es ist der ständige Versuch, dem Gegner die moralische Legitimation abzuspochen, was ihn dann zum Feind macht. Das geht soweit, jemanden als verkappten, wenn auch unwissenden Nazi hinzustellen, der - obwohl er damals noch gar nicht geboren war qua Schichtzugehörigkeit oder Denkschule mit den Nazis in heimlicher Komplizenschaft steht. Das ist destruktiv, und daß es zumeist im Namen von Aufklärung geschieht, macht es nur schlimmer.

Die Pluralität schließlich, die konstitutiv ist, wird nicht durch den Staat oder das Gemeinwohl gebändigt. Sie hat dazu geführt, daß sich in der Gesellschaft Veto-Positionen etabliert haben, die denen, die Veränderungen in der Gesellschaft bewirken wollen, enge Grenzen setzen.

Ich meine auch, daß die sogenannte "vierte Gewalt" - die Medienwelt - ihre politische Rolle noch nicht gefunden hat unterhalb von Omnipotenzwahn und moralischem Weltenrichter. Die Medienvertreter werden nicht wie die Politiker gewählt. Sie verkünden ihre Erkenntnisse, die oft mit ihren Interessen identisch sind, ohne daß sie irgendeiner Kontrolle unterliegen und zur Rechenschaft gezogen werden könnten. Auflagenhöhe oder Einschaltquoten sind keine hinreichende Korrektur. Da operiert man, wie einst Carl Schmitt gegen Weimar, mit einem Idealbild von Staat, an dem jede Realität zuschanden werden muß. Auf der Strecke bleibt aber auch die Verantwortlichkeit.

Freiherr von Weizsäcker

Welche Vorstellung von Demokratie liegt eigentlich der Argumentation zugrunde, wie sie hier in verschiedenen Beiträgen anklang? Lassen Sie mich einmal versuchen, das an einem Vergleich zwischen den Strafprozeßverfahren im angelsächsischen Raum und bei uns zu verdeutlichen.

Bei uns sind Richter und Staatsanwälte von Gesetzes wegen verpflichtet, die Wahrheit herauszufinden. Dieser "objektiven" Wahrheit sind sie während des ganzen Prozesses auf der Spur. Der Verteidiger steht eine Stufe niedriger und muß sehen, wie er zurechtkommt. Dahinter steht die Vorstellung, daß es die Wahrheit gibt und man sie herausfinden kann. Sicher eine schöne Idee.

Im angelsächsischen Strafprozeß läuft das bekanntlich ganz anders ab. Dort sitzt der Richter über den Beteiligten und enthält sich jeglicher Stellungnahme. Die beiden Parteien stehen einander auf der gleichen Stufe gegenüber. Auf der einen Seite der Vertreter der Anklage - das ist eben nicht der Staatsanwalt, der Anwalt des Staates und auf der anderen Seite der Verteidiger. Beider Aufgabe ist es, gegeneinander anzutreten. Dabei geht es keineswegs zartbesaitet zu. Man versucht, dem Gegner nicht nur Irrtum in der Sache, sondern auch persönliche Unglaubwürdigkeit vorzuwerfen, indem man beispielsweise die Zeugen der anderen Seite diskreditiert und ähnliches mehr. Der Richter oder die Geschworenen müssen dann entscheiden, welche Seite glaubwürdiger war und wo die Wahrheit am ehesten zu vermuten ist.

Unsere parlamentarische Demokratie ist nun ganz offensichtlich nach dem Modell des angelsächsischen Strafprozeßrechts angelegt. Deshalb finde ich es auch gar nicht so problematisch, wenn in unserem Parlament eine harte Auseinandersetzung mit dem Gegner vorherrscht. Die Parteien haben doch in dieser Demokratie einen ganz bestimmten Auftrag, nämlich um Mehrheiten zu kämpfen, sie zu behaupten oder zu erringen. Im Vordergrund steht der Kampf um die Erringung oder Erhaltung der Macht. Das ist für sich legitim.

Das eigentlich Fragwürdige an diesem System sehe ich vielmehr darin, daß die Auseinandersetzung um die Sachprobleme gewissermaßen instrumentalisiert wird und beim Kampf um die Macht im Grunde nur eine zweitrangige Rolle spielt. Das ist es, was die kritische Öffentlichkeit abstößt, weil sie den Eindruck gewinnen muß, es gehe den Parteien gar nicht um die Sache, sondern vornehmlich um die Macht.

Ich weiß auch nicht, wie man diesen Zustand ändern soll. Denn man kann die Parteien ja nicht aus der Aufgabe entlassen, um Mehrheiten zu kämpfen. Diese Rolle müssen sie entsprechend der ganzen Struktur unseres Systems wahrnehmen. Natürlich soll man immer wieder den Versuch unternehmen, daß in diesem System den Sachfragen und Problemlösungen ein höherer Stellenwert zukommt. Aber

eine solche Korrektur wird man nicht dadurch erreichen, daß man klagt, wenn sich im Plenum die Leute "angiften" und Freund-Feind-Verhältnisse aufrichten. Daran wird sich nichts ändern, außer vielleicht, der eine oder andere macht die Erfahrung, daß er mehr Erfolg hat in der Öffentlichkeit, wenn er differenzierter argumentiert. Da muß jeder sehen, was für ihn das beste ist. Den Politikern aber vorzuwerfen, daß sie nach dem Freund-Feind-Schema verfahren, führt insofern nicht weiter, als sie sich in unserem System kaum anders verhalten können.

Was ich allerdings für wichtig halte, ist, daß die Medien, aber auch das ganze Bildungssystem, angefangen in der Schule, die ratio dieser Konfrontation in einer Demokratie einsichtig machen. Und das geschieht in der Tat viel zu wenig. Die Schulbildung bereits müßte deutlich machen, daß die Konfrontation in den Parlamenten unumgänglich ist. Zugleich müßten die Parteien immer wieder darauf gestoßen werden, daß sie bei den Wählern mehr Verständnis finden würden, wenn sie ihre Auseinandersetzungen stärker auf die Lösungen der Probleme konzentrierten. Einen anderen Weg sehe ich nicht.

Ich möchte also dafür plädieren, nicht zu sehr die Konfrontationsmentalität zu geißeln, an der ich mich selber auch oft sowohl beteiligt wie gestoßen habe. Vielmehr gilt es, alle Anstrengungen darauf zu verwenden, den Politikern deutlich zu machen, daß es ihr eigenes Ansehen und damit auch ihre Chancen im politischen Feld stärken würde, wenn sie die Problemlösungen nicht lediglich zu einem Instrument degradierten, sondern gelegentlich auch um ihrer selbst willen betrieben.

Dahrendorf

Die Kritik gegen die Politiker geht ja in zwei Richtungen. Zum einen wird der Freund-Feind-Stil beklagt. Zum anderen heißt es aber: Die stecken sowieso alle unter einer Decke und haben sich von uns sehr weit entfernt. Man muß sich in irgendeiner Weise zu beiden Vorwürfen stellen; vielleicht hängen beide auch zusammen.

Klages

Der These einer "Abkehr vom Allgemeinen" könnte man aus sozialgeschichtlicher Sicht die Gegenthese einer zunehmenden Hinwendung zum Allgemeinen entgegenstellen. Im 18. Jahrhundert waren die Menschen in ihrem politischen Denken noch weitestgehend an kleinräumige Milieus gebunden; an die Städte etwa, vielfach aber sogar an kleinere Ortschaften. Der Freiherr vom Stein führte die kommunale Selbstverwaltung ausdrücklich mit dem Hintergedanken ein, die städtischen Eliten zum staatsbezogenen Denken zu erziehen, das heißt, sie vom städtischen Partikularismus wegzubewegen.

Demgegenüber können wir seit den 60er Jahren dieses Jahrhunderts einen erstaunlichen Prozeß der Hinwendung zu einem mehr oder weniger abstrakten Allgemeinen feststellen. Unsere empirischen Untersuchungen zeigen, daß das Politikbild der Menschen außerordentlich zentralistisch und monistisch geworden und auf einer sehr hohen Ebene angesiedelt ist. Im Mittelpunkt ihrer Wahrnehmungen und Bewertungen steht heute überwiegend die Bundesebene mit dem Bundeskanzler als Schnittpunktinstanz, während Gemeinde- und Landesbehörden kaum noch von bundesstaatlichen Einrichtungen unterschieden werden.

In Verbindung mit dieser hochliegenden Wahrnehmungsebene werden aber gleichzeitig auch ungeheure Erwartungen an die Politik gerichtet, was die Effizienz, die Problemlösungskapazität und auch die Moral angeht. Es handelt sich dabei um Erwartungen, wie man sie sonst nur an gute Freunde aus der persönlichen Lebenswelt richtet. Auf der Ebene des Politischen sind sie natürlich so gut wie unerfüllbar. Wir sehen hierin eine wachsende Überforderung der Politik, die sich letztlich dysfunktional auf den gesamten politischen Prozeß auswirkt.

Die Folge ist nämlich, daß immer dann, wenn man merkt, daß diese Erwartungen mit der Realität nicht in Einklang stehen, massive Enttäuschungen einsetzen, wie wir sie seit den 60er Jahren wiederholt erlebt haben. Es sind in erster Linie diese Enttäuschungen, die gegenwärtig zu Reaktionen führen, welche sich unter anderem in einer Rückkehr zum Partikularen niederschlagen.

Man kann darin natürlich auch einen Entlastungsvorgang sehen, der die problematische Periode einer Überforderung des Politischen aufgrund der allzu starken Hinwendung zum Allgemeinen ablöst und der wieder an frühere Zustände anknüpft, die mit einer stärkeren Verortung menschlicher Erwartungen, Daseinsorientierungen und Interpretationen in örtlichen, in kleinräumigen Milieus verbunden waren. Es steht dem nichts im Wege, dies als eine positive Entwicklung zu bezeichnen - vorausgesetzt, man ist sich darüber im klaren, daß es sich nicht um eine Entwicklung handelt, die in die "Problemlosigkeit" hineinführt.

Maier

Ich konnte natürlich in meiner kurzen Einführung nicht all die Fragen des "polites" und des "idiotes" historisch in einen größeren Zusammenhang stellen. Man muß das sicher tun, wenn man zu gerechten Urteilen kommen will. Was ich versucht habe, war in der Tat eine Nahaufnahme. Die Reaktion auf die 70er Jahre, auf das, was man zweite Aufklärung nennt, wird jetzt sehr deutlich.

Frau Fuchs hat die Frage gestellt, warum der Staat nicht in der Lage ist, bestimmte Entscheidungen durchzuhalten. Wie können wir überhaupt erwarten, daß die Bürger den Staat wahrnehmen, wenn keine längerfristigen Konzepte von staatlicher Seite sichtbar werden? Es gibt kein integriertes Entorgungskonzept von Bund und Ländern, keine sozialpolitischen Vereinbarungen, nichts, was die Außenpolitik überparteilich normiert, keine gemeinsame Deutschlandpolitik. Man könnte viele andere Beispiele nennen.

Herr Engert und Herr Kaiser haben auf das mangelhafte Erscheinungsbild der Politik und der Politiker hingewiesen und dafür die Politiker weitgehend verantwortlich gemacht. Ich möchte hier eine fast provozierende Gegenthese aufstellen: Dieses mangelhafte Erscheinungsbild der Politik hängt sicher zum Teil mit Unzulänglichkeiten der Politiker zusammen, zum anderen aber mit einer falschen Erwartungshaltung an die Politik. Herr Klages hat das eben erwähnt. Und da ist auch unser Bildungssystem betroffen.

Ich habe in einem Kreis von Kollegen einmal gesagt: Die Politik findet in der politischen Bildung nicht statt. Politik ist ein Stück weit auch Szene, Aktion, sogar Theater, vielleicht in Bayern etwas mehr als in hanseatischen Breiten, aber auch dort gibt es Theater, und das muß auch so sein. Da würde ich haarscharf zwischen Herrn Kaiser und Herrn von Weizsäcker sagen: kein reales Freund-Feind-Verhältnis in der Politik, aber Freund-Feind als Kunstfiguren, als Rollen, die man spielt. Vielleicht sollten wir besser von Freund und Gegner sprechen. Das, was dargestellt wird, auch bis zum Auskosten von Nuancen des persönlichen Temperaments, gehört zur Politik. Das macht sie interessant. Wir müssen jungen Menschen klarmachen, daß da auch heftig gefochten wird.

Ich erinnere mich, Frau Fuchs, daß wir uns bei einem Fernsehauftritt auch schon heftig angegiftet haben. Das muß gelegentlich so sein. Aber man muß wissen, daß das nur temporär auf eine bestimmte Situation bezogen ist. Das Persönliche darf dabei nicht dominieren, sondern das, was an Persönlichem mit eingebracht wird, muß wie ein Kugellager sein, das zur Lösung oder auch nur zur Exposition eines Sachproblems beiträgt.

Ich habe manchmal den Eindruck, Herr Kaiser, daß sich unsere heutige Generation diesen notwendigen agonalen Schritt in der Politik ersparen will. Sie steuert schnurstracks auf ein fast bildungsbürgerlich empfundenenes präexistentes Gemeinwohl zu, auf einen Staat hoch oben über den Wolken, auf eine Legalitätsreserve, unterstützt und fundiert durch persönliche Glaubwürdigkeit. Sie erspart sich damit aber den notwendigen Durchgang durch das Naturschauspiel des Konflikts. Hier muß auch in der politischen Bildung einiges getan werden, damit das wieder akzeptiert wird.

Ich finde es schrecklich, wenn jetzt im Hinblick auf Wahlkämpfe schon wieder Moralkodizes und Kleiderordnungen vorbereitet werden. Manchmal ist diese Moral, die wie auf Stelzen daherkommt, auch sehr gefallsüchtig. Der Politiker muß sich gegenüber dieser gefallsüchtigen Moral ein Stück seiner Tätigkeit, seiner Aktion, seiner Ehre reservieren. Dazu gehört auch, daß gekämpft und gestritten wird. Nur wenn Streit wirklich ausgetragen wird, kann eine Entscheidung gefällt werden, die Dauer hat und das Gemeinwohl sichtbar macht: als Resultat und nicht als präexistentes, vorweggenommenes Ideal.

Freiherr von Weizsäcker

Ich stimme Ihnen durchaus zu, was Sie von den Kunstfiguren in der politischen Auseinandersetzung sagen, Herr Maier. Das Problem ist doch aber, daß so der Streit nie ausgetragen wird.

Dahrendorf

Das ist das Problem eines Pluralismus, der in Wahrheit gar nicht zu Auseinandersetzungen führt, sondern der es dem einzelnen nur erlaubt, sich ein Etikett zu geben, mit dem er vor Auseinandersetzungen gesichert ist.

Fuchs

Wenn Sie etwa an die Debatte um die Frage "Ökologie oder Ökonomie" denken, so haben wir sie durchaus gesellschaftlich ausgetragen. Ich meine, daß ein Diskussionsprozeß gelungen ist, der in anderen Ländern nicht so abgelaufen ist.

Maier

Es wird manches ausgetragen, Frau Fuchs, aber Herr von Weizsäcker hat recht, es wird zu wenig ausgetragen. Der angelsächsische Prozeß wird zurückgenommen, weil wir alle unter dem bürgerlichen Erwartungshorizont stehen: Streitet nicht so viel! Versöhnung ist doch viel schöner! Giftet Euch nicht so an!

Das Gemeinwohl und der Staat können erst sichtbar werden, nachdem Streit ausgetragen worden ist. Ich bin nicht so pessimistisch wie Herr Stürmer, daß das nur durch hegelsche und obrigkeitsstaatliche Vermittlungen gehe, denn immerhin haben wir ja den Rahmen, das Spielfeld, die Verfahren, die Bühne, wie ich es nenne. Diese Bühne macht deutlich, daß dort nicht Parteien grundsätzlich aufeinander losgehen, sondern dies nur zu bestimmten Zwecken, temporär, tun. Die Spielregeln sind gesichert.

Freiherr von Wechmar

Von McLuhan stammt der Satz: The medium is the message. Ich frage mich, ob das nicht im besonderen Maße auf unsere Telekratie zutrifft, die das, was Herr Maier die Bühne nennt, zu ersetzen scheint. Herr Körber sprach ja von der Mediatisierung des einzelnen. Bei den elektronischen Medien stellt sich doch die Frage: Wo bleibt die Bürgernähe, wie steht es um die Beteiligung an der Verantwortung? Ist die "Schwarzwaldklinik" wirklich für den Bürger repräsentativ? Identifiziert er sich mit der dort gezeigten Welt mehr als mit bestimmten realen Erscheinungen des politischen Lebens?

Was sich bei uns sicher auch negativ auswirkt, ist das Fehlen einer Hauptstadt. Da neigt man dann eher zu einer Art Selbstbeschäftigung im Glashaus, mit der Krisen gewissermaßen herbeigeredet werden. Herr Maier meinte, mit Sentimentalität sei kein Staat zu machen. Aber wäre es nicht ganz wichtig, wenn wir uns alle ein wenig mehr rühren ließen, ein etwas stärkeres menschliches Engagement an den Tag legen, was ja nicht mit Sentimentalität zu verwechseln ist?

Wenn man sich die längerfristige Entwicklung der modernen Technologien einmal vor Augen führt, so scheint mir die Verantwortung immer weniger beim Bürger oder beim Staat zu liegen, sondern in zunehmendem Maße bei den technischen Apparaten. Die rasanten technologischen Fortschritte kann der Bürger meist gar nicht mehr nachvollziehen. Die Vercomputerung reduziert ihn auf das Teilchen eines Mikrochips oder auf ein winziges Unterkonto bei einer Datenbank. Da ist nichts mehr zum Anfassen, nichts Lebendiges mehr. Was wir erleben, ist eine Kommunikationsexplosion, bei der ich mich frage, ob wir sie überhaupt in den Griff bekommen können.

Bondy

Herr Maier hat den Basler Rechtsgelehrten Eichenberger erwähnt, der unlängst das "Malaise" der Schweizer Demokratie dargestellt und die Entfremdung zwischen Behörden und Bürgern, Leistung und Anspruch in einer zum Teil direkten Demokratie beschrieben hat. Von einer direkten Demokratie glaubt man, sie sei der eigentliche Motor, im Land etwas voranzubringen, während die anderen politischen Instanzen bremsen. In der Schweiz machen wir eher die entgegengesetzte Erfahrung, daß Bundesregierung und Parlament die Motoren sind und die direkte Demokratie häufig die Bremse darstellt.

Das "Steuerpaket" geht durch Parlament und Bundesrat, der Bürger lehnt es ab. Parlament und Bundesrat befürworten den Eintritt in die Vereinten Nationen, die Bürger lehnen es mit Dreiviertelmehrheit ab. Die direkte Demokratie hat jahrzehntelang das Frauenstimmrecht nicht zugelassen, das die Gewählten längst wollten.

Wenn Sie also in der direkten Demokratie gewisse Möglichkeiten sehen, sollten Sie bedenken, daß diese Einrichtung auch die Bremse sein kann.

Marquard

Mich würde interessieren, Herr Maier, wie in Ihr Konzept der politischen Verantwortungskultur die moderne Geschichtsphilosophie, die Autonomiephilosophie der Wirklichkeit hineingreift? Ich würde vermuten, daß es im Hintergrund den Vorgang der Verantwortungserosion durch Verantwortungsüberlastung gibt. In dem Maße, wie die Menschen angeblich ihre Wirklichkeit immer mehr selber gestalten, werden sie auch dafür verantwortlich gemacht. Damit steigt zugleich in

wachsendem Maße ein Entlastungsbedürfnis, das heißt, es werden Sündenböcke gesucht, die Tendenz nimmt zu, andere verantwortlich zu machen. Damit entstehen dann Verfeindungszwänge. Wie greift das in die gegenwärtige Verantwortungskultur ein?

Hier müßte vermutlich eine Dosierung der Verantwortung das Remedium sein. In der Philosophie wie in der Politik gilt ja der alte Satz: Nichts im Übermaß! Weder zuviel noch zuwenig Verantwortung übernehmen. Im ersten Fall entschwindet sie sozusagen ins Totale, im zweiten ins Private. Beides sind Formen der Verantwortungserosion.

Dazu noch eine begriffsgeschichtliche Frage. Wenn es um Verantwortungsdosierung geht, wird vermutlich die Verantwortung im Singular abdanken; es werden "die Verantwortungen" entstehen. Es gibt begriffsgeschichtliche Untersuchungen über das Zeitalter der Singularisierung im 18. Jahrhundert, wo aus den Fortschritten der Fortschritt, aus den Geschichten die Geschichte wurde. Ist Verantwortung früher eigentlich auch einmal ein Pluralbegriff gewesen und dann zum Singularbegriff geworden?

Maier

Es war immer ein Singularetantum. Der Begriff kommt übrigens in der Rechtssprache der spätmittelalterlichen Städte vor.

von Bismarck

Die Zukunft der Verantwortung heißt für mich: Was können wir tun, auch stellvertretend für andere, um junge Menschen zu ermutigen, in Zukunft in der Gesellschaft und im Staat Verantwortung zu übernehmen? Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Erstens: Der Blick junger Leute fällt sicher nicht auf alle, aber doch auf einige Politiker, wie zum Beispiel den Bundespräsidenten oder den Kultusminister Maier, bei denen man das Gefühl hat, daß sie auch Spaß an ihrem Beruf haben. Sie sind persönlich beteiligt und machen nicht nur eine politische Karriere oder sind "Missionare" ihrer Ideologie. Ich meine festzustellen, daß das eine wichtige tiefergehende Werbewirkung hat. Wenn Jugendliche ständig vorgeführt bekommen, daß das Leben von Leuten, die Verantwortung tragen, in eine fast unmenschliche Mechanik ausartet und einen Verzicht auf nahezu jegliches Privatleben bedeutet, dann bietet das nicht gerade einen Anreiz.

Zweitens: Es gibt Möglichkeiten, bei jungen Menschen, auch bei Schülern, Interesse für Geschichte zu wecken. Der Schülerwettbewerb um den Preis des Bundespräsidenten von Herrn Körber ist ein Beleg dafür. Da zeigt sich, daß zum Beispiel ein engagierter Geschichtslehrer seine Schüler so motivieren kann, daß sie zu erstaunlichen Forschungsleistungen in der Lage sind. Das erscheint mir wichtiger - um es provokant zu sagen;-, als drei Strophen des Deutschlandliedes auswendig zu lernen oder über das Protokoll bei Fahnenhissungen und Begrüßungen von Staatsoberhäuptern Bescheid zu wissen. Das Erkennen dessen, was geschichtlich gewachsen ist, halte ich für einen Weg, um Verantwortung zu übernehmen.

Drittens: In einer populären Hörfunksendung fragte vor kurzem ein junger Mann: Was ist eigentlich damit gemeint, wenn es heißt, wir sollten Vaterlandsliebe lernen? Bei jungen Menschen reicht die Rationalität von Interessenvertretungen, von Kopfgeburten, die Zweckmäßigkeit von Verfassungen nicht aus. Die Frage nach der Vaterlandsliebe hat mit der Übernahme von Verantwortung sicher etwas zu tun. Ich habe mir überlegt, was ich ihm auf diese Frage geantwortet haben würde. Ich denke, daß eine Beantwortung der Frage dieses jungen Mannes möglich und notwendig ist. Es fehlt an solchen Antworten. Sie müssen aus unserer Generation durchaus nicht gleichlautend sein. Aber wir sind herausgefordert, solche Antworten zu geben, was aus Zeitgründen im Rahmen dieser Debatte nicht möglich ist.

Zum Beispiel: Es lohnt sich durchaus, sich für diese Republik zu engagieren. Sie hat sich seit ihrer Gründung als erstaunlich stabil erwiesen, und zwar gegen Radikalismus von rechts und von links. Natürlich sind in den letzten 35 Jahren auch Schwächen unserer parlamentarischen Demokratie zutage getreten. Natürlich gibt es im immer größeren Abstand vom Aufbruch 1949 Anzeichen der Ermüdung, der Restauration. Aber es gibt gerade auch unter jungen Menschen erfreuliche Anzeichen kritischer Selbstbesinnung und neuen Aufbruchs. Das dokumentierte sich für mich zum Beispiel im Deutschen Evangelischen Kirchentag - gerade im Blick auf junge Menschen; aber gewiß nicht nur dort.

Weiter: Es gibt kaum ein Beispiel in der Welt, wo sich der Reichtum einer föderativen Struktur für eine Kultur-Landschaft so offensichtlich bewährt hat, wie bei uns. Die Wieder-Entdeckung des Regionalen erschließt nicht nur in unserem Lande neue Möglichkeiten. Dafür lohnt es sich, sich einzusetzen.

Ich stimme Herrn Maier durchaus zu, daß nicht nur einige Bürgerinitiativen, sondern auch Gruppen jüngerer Leute reichlich viel träumen, einem Wunschdenken anheim fallen und sich in solchen "Gläubigkeiten" sektiererisch verhalten. Ich sehe es aber auch als positiv und notwendig an, wenn diese jungen Menschen noch Träume haben, auf Utopien setzen, einen Hunger nach Gerechtigkeit entwickeln, das Verlangen haben, daß etwas anders werden soll. Das sollte man nicht zu früh mit erwachsener oder angeblich erwachsener Rationalität zerstören. Es ist unvermeidlich, daß solche Träume Ernüchterungen durchmachen müssen. Natürlich weiß ich, daß es auch gefährliche Utopien, zum Beispiel die einer wiederherstellbaren "Heilen Welt", gibt, daß einige junge Leute aus der Phase ihrer Pubertät nie herauskommen - aber es gibt auch rechthaberische, arrogante Altersstarrheit. Sartre hat zu Recht gesagt, daß jede Jugend, in der etwas steckt, in einer bestimmten Phase ihres Lebens erstens radikal sein und zweitens Träume und Utopien haben muß. Das bejahe ich im Grundsatz und finde, daß wir Älteren uns durch das Unausgereifte vieler solcher Ideen und solchen Verhaltens nicht sogleich definitiv abschrecken lassen sollten.

Ich habe, nicht zuletzt als Moderator beim Evangelischen Kirchentag, die Erfahrung gemacht, daß Spitzenpolitiker oft sehr ungeschickt sind, Gespräche mit jungen Leuten zu führen. Wie viele durch Wahlkämpfe und andere Pflichten gequälte und gehetzte Spitzenpolitiker haben eigentlich noch die Fähigkeit, Jugendlichen zuzuhören? Statt dessen erlebte ich oft, daß sie den jungen Leuten im Ton der Belehrung verkündeten, wie die Dinge wirklich (in ihrer subjektiven Sicht) sind.

Ich meine also, die Zukunft der Verantwortung hängt auch davon ab, inwieweit im Amt befindliche Politiker es lernen, mit jungen Leuten zu reden. Wenn der Bergedorfer Gesprächskreis, wie Herr Körber gesagt hat, ein Trainingssaal ist, um mit Leuten aus anderen Lagern zu sprechen, so brauchten wir auch Trainingslager, wo Politiker üben können, mit der Jugend zu sprechen.

Sommer

Wenn es hier hieß, die Leute fühlten sich abgeschreckt, Politiker zu werden, dann frage ich mich, ob das eigentlich stimmt. Es drängt doch alles zum Mandat! Vielleicht sind es die Falschen. Aber es ist nicht verwunderlich, daß in unserer Angestelltenkultur Angestellte in die Parlamente drängen, genauso wie sie in die Vorstandsetagen, auf die Lehrstühle und in die Redaktionen drängen. Wir sollten also mit unseren Abgeordneten nicht so unbarmherzig ins Gericht gehen.

Was könnte abschrecken, Politiker zu werden? Erstens: die tatsächliche oder vermeintliche Fertigkeit der Zustände. Es sind keine großen Aufgaben mehr zu bewältigen; im Grunde wird immer nur repariert. Das nennt man dann Reformen. Große Entwürfe zu verwirklichen, wird heute niemandem abverlangt; Gott sei Dank, die Zeiten sind nicht so.

Ein zweites Hindernis ist die Abstraktheit der Herausforderungen. Früher gab es klare Signale: eine Mobilmachung und eine Kriegserklärung; da wußte man, was man zu tun hatte. Heute ist es das Ungefähre, das die Politiker anspringt, oft von hinten. Die Wolke von Tschernobyl ist ein bezeichnendes Symbol unserer Zeit.

Ein drittes Hemmnis sehe ich in der fehlenden Transparenz, vor allen Dingen was die Folgen einer Entscheidung angeht. Dies setzt die Politiker unter einen Rechtfertigungszwang, wie sie ihn früher nie verspürt haben.

Das vierte ist die Kaleidoskophaftigkeit, mit der sich die Entwicklungen heute vollziehen. Im November habe ich - überspitzt gesagt- noch nicht gewußt, was der § 116 bedeutet; heute habe ich es fast schon wieder vergessen. Dazwischen lag Libyen, dann kam Tschernobyl, darauf die Niedersachsenwahl. Diese sterilen Aufgeregtheiten, die in ganz kurzen Wellen kommen und wieder verebben, machen es den Politikern, aber auch den Journalisten schwer, die Kimm im Auge zu behalten und nicht nur die Gischtkronen direkt vor dem Bug zu sehen. Ich weiß nicht, ob man daran etwas ändern kann. Dieser Zustand wird manche abschrecken, vielleicht aber auch andere reizen.

Nun wurden uns hier einige Rezepte vorgetragen. Erstens: Wir müßten dem Begriff Gemeinwohl wieder Geltung verschaffen. Ich frage mich: Wer bestimmt denn, was das Gemeinwohl ist? Gemeinwohl geht vor Interessenvielfalt - früher hieß das: Gemeinnutz geht vor Eigennutz. Aus meiner Sicht ist das Gemeinwohl die Summe der Einzelinteressen. Zu ihnen gehört auch der Staat. Das Gemeinwohl schwebt nicht irgendwo über den Wolken. Auch der Staat ist Teil des Konkurrenzsystems und macht sein Interesse geltend. Aber er soll sich schlagen, und man darf es ihm nicht zu leicht machen. Mißtrauen ist Pflicht; denn der Staat ist allgegenwärtig, und er ist gegenüber den einzelnen a priori im Vorteil. Er ist auch immer in der Versuchung, seine Macht zu mißbrauchen - nicht weil er böse ist, sondern weil er sie hat.

Zweites Rezept. Karl Kaiser sagt: Schafft die adversary politics ab und geht mit der Langeweile, die in Bundestagsausschüssen herrscht, ins Fernsehen. In den Ausschüssen gehe es sachlich zu, meint er. Darauf kann ich nur erwidern: Man erhalte uns den Antagonismus im Parlament! Da stehe ich ganz auf der Seite des Bundespräsidenten. Der Streit klärt die Köpfe, die Meinungen, die Interessenstandpunkte. Er erhält auch die Komplexität, von der Herr Stürmer sprach. Das muß nicht auf ein Freund-Feind-Verhältnis hinauslaufen.

Freiherr von Weizsäcker

Ausschußsitzungen sind doch nicht langweilig. Das Problem ist, daß Ihr Journalisten solche Dinge langweilig findet, weil sie sich nur mit einiger Anstrengung wirkungsvoll darbieten lassen.

Sommer

Herr Bundespräsident, ich wehre mich nur gegen einen Harmonieschmus.

Drittes Rezept: Professionalisiert die Politik! Da sage ich wiederum nein. Ich kann doch nicht gutheißen, daß jemand 12 Semester Politologie studiert, darauf als wissenschaftlicher Assistent in die Fraktion eintritt und dann ein Mandat bekommt. Ich halte diese Art von Professionalisierung für falsch. Politik als Karriere: Das beginnt, wenn man die Universität verläßt, und endet, wenn man rentenfähig wird.

Maier

Hier hat niemand so argumentiert.

Sommer

Nein, aber das hört man immer wieder. Ich würde weit eher die Wiedereinführung der Dreimonats- oder der Feierabendparlamente befürworten, wo die Leute von Zeit zu Zeit in die reale Welt entlassen werden, dort Erfahrungen, Urteilskraft und vielleicht sogar ein wenig Weisheit erlangen.

Ich bin indes nicht sehr optimistisch, daß man an alledem viel ändern kann. Ich sehe darin den Preis der Normalität in unserem demokratischen Gemeinwesen. Damit bin ich auch bereit zu leben. Was allerdings unverzichtbar ist, das ist die öffentliche Kontrolle der bestehenden Zustände, gerade auch durch die Medien, damit die Korrekturfähigkeit des Systems erhalten bleibt.

Gutowski

Der Bürger hat die Macht zu wählen und dabei auch die Medien zu ignorieren, was er ja immer wieder beweist. Die Medien haben also nicht eine so große Macht, wie die Politiker und diejenigen, die sich am öffentlichen Leben intensiv beteiligen, häufig meinen. Das macht mich optimistisch. Ich würde deshalb bei den Medien nicht von "vierter Gewalt" reden, die ich in unserem Staat auch keineswegs befürworten würde. Hier könnte es möglicherweise nützlich sein - das sage ich als Ökonom;- , wenn im Bereich der Medien der Wettbewerb verstärkt würde.

Aber wie sehen die Wahlmöglichkeiten aus? Die Bürger wählen zwischen Kandidaten, auf deren Aufstellung sie nur Einfluß haben, wenn sie Parteimitglieder sind, was nicht alle Bürger wollen. Aber selbst wenn sie einer Partei angehören, sind ihre Einflußmöglichkeiten meist nur gering. Das wirkt sich auf die Qualität der Kandidaten aus, die es ja auch nicht ganz leicht haben. Zunächst müssen sie ein Gremium von ihrer Eignung überzeugen, das in keiner Weise für die späteren Wähler repräsentativ ist, und zwar mit Argumenten, die sich häufig auch wesentlich von denen unterscheiden, die sie im Wahlkampf gebrauchen. Ich sehe da eine gewisse Schizophrenie. Es gibt demokratische Systeme, in denen das anders organisiert ist und die dennoch durchaus funktionstüchtig sind.

Nun leben wir in einer Zeit, die sich durch einen Mangel an Prinzipien auszeichnet. Das einzige, was Politiker heute überzeugt, ist der Nachweis, daß ihr "Produkt", also die von ihnen vertretene Politik, unverkäuflich ist. Damit werden Politiker in mancher Hinsicht Unternehmern ähnlich, was insofern zu bedauern ist, als Politiker Prinzipien vertreten und sich nicht umhören sollten, was gewünscht wird und was zweckmäßig sein könnte, um dann ihr "Produkt" - wie es für den Unternehmer ganz legitim ist - den Wünschen der Käufer anzupassen.

Eine Folge dieses Verhaltens - dem sich ja alle Parteien unterziehen - ist, daß die Parteien allesamt keine großen Unterscheidungsmerkmale mehr aufweisen; ihre "gemeinsame Schnittmenge" ist relativ groß. Das führt dazu, daß man den Gegner in den öffentlichen Debatten diffamiert, um Unterschiede deutlich zu machen, die großenteils gar nicht vorhanden sind. Deshalb kann man in den

Ausschüssen, unter Ausschluß der Öffentlichkeit, wesentlich nüchterner miteinander über die Sachprobleme reden.

Die Politiker sollen Verantwortung tragen gegenüber den Bürgern, die ihnen auf Zeit die Macht der Entscheidung übertragen, weil sie nicht bei allem und jedem direkt mitwirken wollen und können. Deshalb ist die direkte Demokratie kein Ausweg, selbst wenn kleine Länder wie die Schweiz zeigen, daß es auch anders geht. Wichtig für die repräsentative Demokratie ist aber das Prinzip der Subsidiarität, die in der Bundesrepublik durchaus verstärkt werden könnte, um den Bürger zu mehr Partizipation zu ermutigen.

Ich habe natürlich keine Patentlösung anzubieten; ich kann nur Fragen stellen, etwa nach einer anderen Art der Kandidatenauswahl oder nach einer Verstärkung von Elementen des Mehrheitswahlrechts. Beides würde wahrscheinlich die Partizipation von Bürgern erhöhen.

Als Ökonom fühle ich mich in diesem System immer ein wenig hilflos. Wenn ich mit Politikern etwa über die Vorteile des Freihandels oder der Abschaffung von Subventionen spreche, dann stimmen sie mir unter vier Augen durchaus zu, halten dem aber entgegen, das sei politisch nicht machbar. Warum ist das so? Warum führt man beispielsweise die Debatte über Ökonomie und Ökologie in einer Weise, als ob es sich dabei um sich ausschließende Gegensätze handelt, obwohl jeder gute Ökonom klarmachen kann, daß das überhaupt keine Gegensätze sind? Worüber man sich streiten kann, ist das optimale Verhältnis. Umwelt war schon immer ein Gegenstand der Ökonomie, denn sie ist ein öffentliches Gut.

Was ist politisch machbar? Da sich die Parteien in den wesentlichen Punkten kaum noch unterscheiden, orientieren sie sich weitgehend an den Wünschen derer, die sie für ihre Klientel ansehen. Von daher ist auch der immer wieder aufkommende Wunsch nach einer Großen Koalition zu verstehen. Bei der großen gemeinsamen Schnittmenge sieht man dann eher eine Chance, Dinge zu bereinigen, in denen man ohnehin ähnlicher Meinung ist. Dazu reicht das Koalitionsverfahren nicht aus.

Freiherr von Wechmar

Sie wünschen eine größere Partizipation des Bürgers, Herr Gutowski, sagen aber zugleich, der Politiker solle sich von den vorherrschenden Meinungen in der Gesellschaft, die ja gerade die Meinungen der Bürger sind, nicht allzusehr gängeln lassen. Ich sehe da in Ihrer Argumentation einen gewissen Widerspruch.

Gutowski

Die Erfahrung zeigt, daß Politiker, die klare Vorstellungen und ein Konzept haben, durchaus gewählt werden, selbst wenn sie sich nicht an die allgemeine Meinung halten. Ich meine, ein Politiker sollte auch zu Prinzipien stehen, selbst wenn er dann nicht gewählt wird. Insofern sollte er sich vom Unternehmer unterscheiden, der sich nach der Nachfrage richten muß, um sein Produkt verkaufen zu können.

Kriele

In der Geschichte der Demokratie spielte die Frage der Intellektuellen stets eine besondere Rolle. Die Aufklärer haben immer unterschieden zwischen der politischen Urteilskraft des Republikaners oder Demokraten und der Intellektualität oder dem Verstand. Der Common sense, die politische Urteilskraft oder die praktische Vernunft richten sich auf das, was vernünftig und gerecht, was angemessen und rechtschaffen, glaubwürdig und vertrauenswürdig ist. Da jeder Bürger daran teilhat, können Demokratie und Republik funktionieren. Die Intellektualität dagegen wurde kritisch gesehen; sie hatte einen Einschlag des Sophistischen im Sinne von unverantwortlich, unvernünftig.

Heute stellt sich dieses Problem in erheblich verschärfter Form, und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist der Kreis derer, deren Common sense und politische Urteilskraft durch Theorien und Sophistereien getrübt ist, sehr groß geworden, gewissermaßen ein intellektueller Wasserkopf. Zweitens haben die Intellektuellen eine Macht erlangt, die sie früher nie gehabt haben. Letztlich vermitteln sie dem Bürger nicht nur alles Wissen, sondern auch die Entscheidungskriterien und Werturteile. Was in der Welt vor sich geht, erfährt der Bürger de facto nur durch das Fernsehen oder aus Zeitungen und Rundfunk.

Nun hat man den Intellektuellen immer eine Kontrollfunktion über die Regierenden zugestanden. Das, was die Medien aber heute tun, geht weiter darüber hinaus, sie üben nämlich eine Manipulationsfunktion aus und machen davon in unverantwortlicher Weise Gebrauch. Die Medien haben die Politiker praktisch in der Hand. Diese "vierte Gewalt" unterscheidet sich von den anderen

drei Gewalten dadurch, daß sie keinerlei Kontrolle unterliegt. Leserbriefe, wenn sie überhaupt abgedruckt werden, kommen beim Rundfunk und Fernsehen nicht zum Tragen. Auch gegenseitig kontrollieren sich die Medien nicht, nach dem Grundsatz: Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus. Das ist eine Tabuzone, der der Bürger wehrlos ausgeliefert ist.

In Deutschland sind die Verhältnisse in dieser Hinsicht schlimmer als etwa in Frankreich oder in Amerika, wo die existentiellen Grundprobleme, sagen wir, der Außenpolitik, wenigstens kontrovers diskutiert werden. Ein Organ in Form einer großen Wochenzeitung vom Range der "Zeit", wo solche Grundfragen, wie etwa die Scheel-Rede vom 17. Juni, kontrovers diskutiert werden, haben wir nicht.

Sommer

In der "Zeit" kann man das schreiben.

Kriele

Ich nehme Ihr Angebot gerne an, Herr Sommer. Solange ich - aus Überzeugung - die Ostpolitik propagiert habe, war ich der "Zeit" als Autor willkommen; als ich anfang, kritischer darüber zu denken, wurde es schwierig.

Volksbegehren, Herr Bondy, gehen in der Tat eher konservativ aus. Ich würde diese Form, den Common sense zu ermitteln, dann begrüßen, wenn dabei die aufgeregte und unredliche Manipulation der Medien entfallen würde. Wenn wir in Deutschland ein faires Mediensystem hätten, wo Meinung und Gegenmeinung in gleicher Weise eine Chance hätten, könnten Volksbegehren dem Common sense durchaus besser zum Durchbruch verhelfen. Wahrscheinlich würde man bei uns dann gegen die Atomenergie stimmen, wie es die Österreicher getan haben. Solche Entscheidungen sollte man dem Common sense überlassen. Wenn die Menschen bereit sind, die Kosten für die fünfmal teurere Sonnenenergie zu zahlen, so hat man dem Rechnung zu tragen.

Sommer

Der Common sense wird bei einer Frage wie der Einführung der Todesstrafe leicht zum gesunden Volksempfinden.

Mayer

So ist es.

Kriele

Das haben wir verfassungsrechtlich ausgeschlossen; für eine Verfassungsänderung brauchte man eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Gewisse Grundelemente der Humanität, die in der Verfassung stehen, werden also von solchen Entscheidungen nicht berührt.

Beim Fernsehen würde ich eine Privatisierung befürworten, so sehr ich das, was in Amerika daraus geworden ist, verabscheue. Ich habe da keine Lösung parat. Ich halte es aber auf die Dauer für unzumutbar, daß eine kleine Kaste von Intellektuellen, die nicht am Bürgersinn teilhaben, von niemandem kontrolliert werden und sich nirgendwo verantworten müssen, eine derartige Manipulationsmacht ausüben. Das kann auf Dauer nicht so weitergehen, wenn unsere res publica Zukunft haben soll.

Graf Ferraris

Sie brauchen nur das Fernsehmonopol abzuschaffen wie in Italien.

Stürmer

Ihrer Problemanalyse stimme ich weitgehend zu, Herr Kriele, aber Ihre Hoffnung auf den Volksentscheid als Korrektiv teile ich in keiner Weise. In der Weimarer Republik hatten wir ein Dutzend Volksentscheide. Sie sind fast alle entweder von der KP von ganz links oder von der NSDAP von ganz rechts initiiert worden und haben nicht zur Klärung irgendeines der Probleme beigetragen. Im Gegenteil, alle ernst zu nehmenden Historiker sind übereinstimmend der Auffassung, daß davon zerstörerische Einflüsse auf die Weimarer Republik ausgegangen sind.

Altmann

Ergänzend, zum Teil als kritische Einwendung, möchte ich folgendes bemerken: Herr Maier sprach von der Verantwortung und, im Zusammenhang damit, von der Eigenständigkeit des Bürgers. Was wir uns von einem Politiker wünschen, ist, daß er als Mitbürger diese Eigenständigkeit des Bürgers vorlebt, daß er ein Beispiel gibt. Der große Erfolg des gegenwärtigen Bundespräsidenten ist sicherlich auch darauf zurückzuführen, daß er versteht, in dieser Position aufzutreten. Dazu gehört eine gewisse personale Autonomie, der Wille, seine eigene Meinung zu artikulieren und dafür persönlich einzustehen, gegebenenfalls auch den Widerspruch gegen die sogenannte Parteilinie zu riskieren. Statt dessen erwecken die meisten Politiker den Eindruck, daß sie sich nach dem Motto verhalten: Wie verkaufe ich mich am besten?

Diese Tugend der Eigenständigkeit muß der Politiker heute gegen all die mächtigen Tendenzen, die dem entgegenstehen, durchkämpfen. Das ist vor allem deshalb notwendig, weil die Parteien als Organisationen zur Repräsentation zu schwach geworden sind. Vorherrschend ist der Karriere-Funktionär, der noch, wie früher die Herolde, in den Farben der jeweiligen Machthaber daherkommt, es sei denn, er vertritt spezielle Verbandsinteressen. Das ist freilich nicht nur ein Parteienproblem. In unserer außerordentlich dicht organisierten Gesellschaft mit ihren vielfältigen Gruppen und Organisationen sind kaum noch Führer zu sehen, die diese persönliche Repräsentationsfähigkeit - und das heißt auch: Integrationskraft - besitzen. Dabei schließe ich nicht einmal die Kirchen aus.

Aus diesem Zusammenhang von persönlicher Autonomie und Repräsentationskraft ergibt sich - wenn ich mir diesen Gedankensprung erlauben darf - ein doch einigermaßen kritischer Aspekt von Öffentlichkeit. Ist Öffentlichkeit im modernen Sinn, als unverbindliche Teilnahme eines jeden an allem, noch das gleiche wie "res publica"? Im Sinne einer res publica bestimmt Öffentlichkeit auch das Maß der Verantwortung. Von Verantwortung wird heute viel gesprochen. Für viele heißt Verantwortung, passiv ausgedrückt, Betroffenheit. Wer sich als betroffen erklärt, leitet daraus ein Recht auf Störung ab. Das ist, wie wir allenthalben erfahren, wesentlich mehr als das klassische Recht auf Demonstration, nämlich ein Widerstandsrecht.

Aber Öffentlichkeit heißt auch Haftung. Ebenso von dieser Haftung ist heute viel die Rede. Tatsächlich ist der Staat jedoch heute die einzige Instanz, an die dieser Haftungsanspruch gerichtet wird. Man könnte mit einer gewissen Übertreibung sagen, daß die Haftung die wesentliche Funktion des Staates geworden ist. Unsere Kultur hat ihren verbindlichen und repräsentativen Charakter nahezu verloren; sie ist zu einer kritischen Kultur geworden. Die Medien sind ein Beispiel dafür. Die Kirchen verlieren ihren früheren Haftungscharakter immer mehr. Auch die Familie ist in dieser Hinsicht stark geschwächt; die Kleinfamilie ist größtenteils nicht mehr in der Lage, eine Haftung zu übernehmen. So wird der Staat unser aller Anspruchsgegner. Damit verbindet sich, wie wir alle wissen, durchaus kein Zuwachs an Autorität. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Denn auch dieser Staat, der Nationalstaat, hat keine große Idee mehr anzubieten; die Staatsidee ist nur noch ein historisches Relikt. Deshalb kommt dem Politiker die besondere Aufgabe zu, bei aller Fraktionsdisziplin und den sonstigen Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen hat, in seiner Person Eigenständigkeit und Autonomie zu demonstrieren. Dieses Bewußtsein muß verstärkt werden. Der Politiker muß in der Lage sein, das Lebensgefühl der Gesellschaft zu artikulieren. Wenn wir heute von Führungsschwäche reden, dann meinen wir damit im Grunde die Demotivation der Gesellschaft. Hier besteht auch das Mißverständnis der Parteien, wenn sie motivieren wollen.

Es war die Rede von Politik als Theater, einem Theater, dem meist das Drehbuch fehlt. Das dramatische Durcheinander macht noch kein Theater aus. Der Politiker muß seine Rolle als Individuum spielen, sonst kommt er über die Charge des Funktionärs nicht hinaus. Welchen der Hunderte von Abgeordneten wünscht man denn heute noch als Bürger zu sprechen? Sie werden doch als Gesprächspartner kaum noch ernst genommen.

Die Parteien müssen auch lernen, daß dieser geschwächte Staat, auch wenn sie ihn verantworten, ihnen nicht zu Diensten steht. Ein Sieg der Parteiendemokratie über den Staat ist außerordentlich problematisch. Die Parteienpatronage hat mittlerweile ein Ausmaß erreicht, das nicht länger hinzunehmen ist. Überall dringen die Parteien ein, selbst in die Justiz. Auch die hohen Beamtenstellen sind in einem Maße politisiert, daß es schwer ist, dem Qualitätsanspruch gerecht zu werden.

Das sind gewiß allgemeine Tendenzen einer organisierten Gesellschaft, die man nicht den Parteien allein vorwerfen kann. Aber die Politiker sollten diesen Tendenzen stärkeren Widerstand entgegensetzen, damit sie sich nicht eines Tages fragen müssen, wo eigentlich ihre Basis geblieben ist.

Rühe

Wenn Herr Kaiser sagte, so wie die Politik sich heute präsentiere, stoße sie den Bürger ab, und wenn die Politiker demgegenüber kein höheres Anliegen haben, als beim Bürger anzukommen, dann kann es sich da wohl nur um ein tragisches Mißverständnis handeln. Die Frage ist, ob die Bürger die Politiker hinreichend wissen lassen, was sie eigentlich wollen.

Es wurde hier gefordert, der Politiker müsse in stärkerem Maße eine eigenständige Persönlichkeit sein. Nun kann in unserem Lande aufgrund festgeschriebener politischer Strukturen nicht einmal der Bundeskanzler einen Wahlkreis gewinnen; der Außenminister bleibt in seinem Wahlkreis unter zehn Prozent. Auch in unserem jetzigen System, Herr Gutowski, hätte der Bürger, der die politische Kultur dieses Landes prägen sollte, ausreichend Gelegenheit, Politiker zu unterstützen oder sie fallenzulassen. Statt dessen werden in dem Wahlkreis Parteien gewählt und nicht einzelne Politiker. Es ist ungeheuer schwer, als Person auch nur anderthalb Prozent der Wähler für sich zu mobilisieren. Die politische Kultur wird eben nicht nur von den Politikern gemacht, sondern von allen Bürgern.

Was mich im Wahlkampf immer wieder am meisten betroffen macht, ist, daß Bürger ob nun Wähler der eigenen Partei oder einer anderen - mit sichtbarem Stolz erklären, sie hätten nie eine andere Partei gewählt und würden das auch niemals tun. Man kann diesen Leuten in keiner Weise klarmachen, daß sie mit einer solchen Einstellung jegliche politische Macht aus der Hand geben. Die politische Kultur lebt davon, daß der Bürger flexibel ist, daß er sich seine Wahlentscheidung kritisch überlegt. Insofern brauchen wir den Wechselwähler, obwohl wir natürlich nicht auf Wähler verzichten können, die bestimmte Grundlinien unterstützen.

Unsere politische Kultur ist noch völlig ungefestigt; es gibt bei uns noch viele vordemokratische Strukturen. Das, was wir auch in dieser Diskussion über die Freund-Feind-Situation und die Debatten im Bundestag gehört haben, zeigt doch, daß die Mehrzahl unserer Mitbürger Streit für etwas Schlechtes hält. Ich muß mir in meinem Wahlkreis immer die größte Mühe geben, um den Leuten klarzumachen, daß es hier um eine zutiefst demokratische Errungenschaft geht.

Es gibt allerdings auch Politiker, die über dem Element des Streites die Notwendigkeit zum Konsens überhaupt nicht mehr sehen. Das richtige Mischungsverhältnis zu finden, bereitet uns große Schwierigkeiten. Auch da können die Bürger und die Medien einen positiven Beitrag leisten, indem sie die Politiker wissen lassen, was sie wollen. Dann wird sich auch die politische Kultur bei uns weiterentwickeln.

Ich stimme durchaus zu, wenn gesagt wurde, Politiker sollten ihren Spielraum stärker nutzen. Da gibt es sicher Defizite. Auf der anderen Seite wird uns dieser Spielraum immer wieder gerade auch von Journalisten beschnitten. Ich habe schon dem einen oder anderen Journalisten gesagt: Stellen Sie sich doch zur Wahl, so wie ich das tue, wenn Sie eine andere Politik für richtig halten. Einige Journalisten wollen Politik machen, ohne dafür ein Mandat zu haben, und sie sind auch nicht bereit, sich zur Wahl zu stellen.

Maier

Das beste Beispiel dafür ist Rudolf Augstein.

Altmann

Ich stimme Ihnen im Prinzip zu, Herr Ruhe, daß auch die öffentliche Meinung zum Bereich der Politik gehört. In dem Sinne machen auch Journalisten Politik, ohne sich deshalb gleich wählen lassen zu müssen. Unsere Demokratie definiert sich ja, nach James Bryce, als Regierung durch die öffentliche Meinung - und damit ist nicht nur die öffentliche Diskussion, sondern auch die Kraft zur Repräsentation gemeint.

Rühe

Worum es mir geht, ist: Sie sollten das Problem nicht verkürzen, indem Sie sich nur auf die Politiker konzentrieren. Hier geht es um unsere gesamte politische Kultur, die bisher - sicher aus verständlichen Gründen - nicht ausreichend entwickelt ist und Unsicherheiten aufweist. Politiker können nur so gut sein, wie die Mitglieder, die es in den Parteien gibt, und wie die Bürger, die sich an der Politik des Landes beteiligen.

Graf Ferraris

Ich möchte, anschließend an den Beitrag von Herrn Rovani, ein wenig provokatorisch sagen, daß ich im Grunde nicht so recht weiß, was Verantwortung für den Bürger eigentlich bedeuten soll. Als Schüler Machiavellis spreche ich lieber von Machtpolitik.

Was heißt Gemeinwohl? Ein für mich kaum verständliches Wort. Herr Sommer sprach zu Recht von der Summe von Einzelinteressen. Wer entscheidet, was Gemeinwohl ist? Die Parteien definieren diesen Begriff stets so, daß ihre Entscheidungen dem Gemeinwohl dienen, wie sie behaupten. Für mich ist das ein Begriff der Machtpolitik.

Die Debatte, die hier über Freund-Feind in der Politik geführt wurde, hat mich überrascht. Politik ist, wie der Bundespräsident gesagt hat, Kampf zwischen Gegnern, sonst wäre Politik gar nicht möglich. Die Deutschen tun sich mit dieser Sicht der Dinge offenbar schwer.

Kaiser

Das liegt an unserer Geschichte.

Graf Ferraris

Wir haben alle unsere Geschichte. Natürlich gibt es auch in einem Freund-Feind-Verhältnis Toleranz; Toleranz und Gegnerschaft schließen sich in der Politik keineswegs aus. Das wird von den Deutschen oft mißverstanden, die glauben, Toleranz bedeute, daß alle übereinstimmen sollten. Es muß einen Grundkonsens geben und das Recht zu streiten. Toleranz heißt nicht, alles weißzuwaschen.

Die Deutschen gehen auch häufig davon aus - ich spiele hier ein wenig den Advocatus Diaboli;- , daß Probleme lösbar seien. Deshalb meinen sie immer, man müsse nur über Sachverhalte debattieren und könnte dann Lösungen finden. Die meisten der heutigen Probleme sind aber unlösbar, und daran läßt sich auch nichts ändern.

Fuchs

Widerspruch!

Graf Ferraris

Ich plädiere da für etwas mehr Gelassenheit. Man sollte nicht glauben, es bedürfe nur besserer Politiker, um Probleme, die unlösbar sind, zu lösen. Machiavelli hatte recht, als er von der Abstraktheit der Dinge sprach. Kein Politiker weiß für die meisten Probleme ein Patentrezept; denn die großen Entscheidungen wurden bereits vor 30 Jahren getroffen. Für das, was heute ansteht, hat niemand eine Lösung.

Ich möchte auch die Politiker, die immer wieder angegriffen werden, etwas in Schutz nehmen. Die Politiker werden von den Wählern gewählt. Wenn die Politiker schlecht sind, liegt das mit in der Verantwortung der Wähler, nicht nur der Politiker. Und wie sollen die Politiker eigentlich Entscheidungen treffen, wenn die Wähler selber nicht wissen, was sie wollen? Mit Moralität hat das alles nichts zu tun. Politik ist Machtpolitik - Moralität in der Politik, das gibt es nicht.

Dann zum Stichwort Medien. Es mag nationalistisch klingen, aber ich meine, wir haben in Italien die beste Lösung gefunden. In Rom gibt es 32 Fernsehprogramme. Das reicht aus, um das Fernsehmonopol zu brechen und die Informationsmöglichkeiten zu verbessern. Die kontroverse Debatte, die Herr Kriele so sehr wünscht, ist bei uns in einem solchen Maße gewährleistet, daß wir es uns sogar leisten konnten, einen unserer besten Leute nach Frankreich zu exportieren, damit er dort für eine offenere Diskussion sorgt.

Die Deutschen diskutieren seit gut 10 Jahren darüber, wie sie ihr Fernsehen verbessern könnten, was sicher notwendig ist, weil das Fernsehen hierzulande eigentlich recht langweilig ist. Nehmen Sie sich ein Beispiel an Italien, verschaffen Sie den privaten Unternehmen mehr Möglichkeiten, dann ist das Problem gelöst.

Was Volksabstimmungen angeht, ist diese Frage in den einzelnen Ländern in der Tat unterschiedlich zu beantworten. Herr Bondy hat sicher recht, wenn die Schweizer sich dabei meist eher konservativ verhalten, aber im allgemeinen sind sie mit diesem Instrument gar nicht so schlecht gefahren. Auch in Italien haben Volksabstimmungen zu einer Stimulierung beigetragen, während für Deutschland wohl die Bedenken von Herrn Stürmer zutreffend sind. Man kann hier also nicht generalisieren.

Noch ein Wort zu dem, was Herr von Bismarck über die Jugend sagte. Ich stimme ihm völlig zu, daß man die jungen Leute dazu bringen sollte, sich mit dieser Republik zu identifizieren. Hier fehlt es bisher an einem Konsens. Wenn ich zum Beispiel sehe, daß junge Leute die Fahne ihres Landes verbrennen, halte ich das für ein großes Manko. Ich meine, da fehlt es auch an einem Selbstverständnis.

Engert

Ich wäre auch durchaus dafür, Herr Ferraris, unsere öffentlich-rechtliche Medienlandschaft einzuschränken und private Anbieter zuzulassen. Diejenigen, die sich von einem solchen Schritt aber eine größere Meinungsvielfalt, mehr politische Informationen und das Herausarbeiten von Zusammenhängen versprechen, werden nicht auf ihre Kosten kommen. Schließlich will man mit diesem Medium Geld verdienen. Es wäre sicher auch begrüßenswert, Ausschußsitzungen zu übertragen. Aber so etwas will kein Mensch sehen. In den privaten Medien würde das nun mit Sicherheit nicht stattfinden.

Maier

Wir sprechen natürlich aus unterschiedlichen historischen Erfahrungen. Daher ist es verständlich, wenn Herrn Ferraris der Begriff "Gemeinwohl" ein wenig deutsch und zahm vorkommt. Man kann genauso gut Staatsräson oder Nationalinteresse sagen. Gemeinwohl ist für uns ein gleichsam aus unserer territorialstaatlichen Vergangenheit erwachsener Begriff. Es ist bezeichnend, daß die Franzosen und Italiener diesen Begriff mehr von der Außendarstellung des Staates her konzipieren, während wir dabei mehr von unserer innerstaatlichen, sozialstaatlichen Überlieferung ausgehen.

Im übrigen, Herr Sommer: Gemeinwohl ist natürlich mehr als die Summe der Einzelinteressen. Es gibt Interessen, die sich widersprechen oder sich ausschließen. Die können Sie nicht summieren, sonst brauchte es auch keine Parteiendemokratie zu geben. Diese trifft die Entscheidungen - und damit im letzten der Wähler, worauf Herr Ruhe schon hingewiesen hat.

Gemeinwohl ist, wie gesagt, keine prä-existente Größe. Es wird überhaupt erst durch Konflikt und durch die Mechanismen der Parteiendemokratie formulierbar. Dann erst erreicht es die Dimension des Staates und kann in gewissem Umfang auch überparteilich werden. Aber ich gehe mit diesem Begriff äußerst vorsichtig um, weil ich sehr wohl weiß, wie belastet er ist.

Es ist natürlich richtig, Herr Marquard, daß wir die Verantwortung für alles und jedes übernehmen. Das hängt mit der Säkularisierung des Lebens zusammen und auch damit, daß Regierungen heute selbst für Naturereignisse verantwortlich gemacht werden. Da gleichzeitig die von vielen Rednern in Erinnerung gebrachte Abstraktheit der Politik den Bürger verwirrt, entsteht ein gewaltiger Personalisierungsbedarf. Das eine schaukelt das andere hoch. Je abstrakter die Politik, desto stärker der Rückfall in Rituale, Prangerrituale, Sichtbarkeitsrituale. Das, was Herr Klages erwähnt hat, ist die Folge davon, daß sich das Bild ganz hoch oben einpendelt; der Bundeskanzler ist dann im Zweifelsfall auch für das verantwortlich, was ein Landrat nicht schafft oder eine Stadtratsmehrheit nicht zu formulieren wagt.

Demgegenüber habe ich als Remedur nur anzubieten - das ist auch ein Problem der Medien;-, daß man die Verantwortlichkeiten auf den verschiedenen Ebenen wieder deutlicher sichtbar macht. Es findet heute eine schematische und völlig ungerechte Bürokratiekritik statt. Die Bürokratie nimmt aber zum Teil Verantwortungen wahr, die von oben abgeschoben werden. Vieles wird auf der Ebene der Verwaltung noch stabilisiert, was oben aus Partei- und Proporzgründen schon nicht mehr angefaßt wird. Das müßte deutlicher gemacht werden. Auch die örtlichen Verantwortungen, das Self-government, könnte durch Pluralisierung der Medien sichtbar gemacht werden.

Der einzige positive Aspekt, den ich einer Privatisierung und Vervielfältigung der Medien abgewinnen kann, ist diese stärkere Betonung der Regionalisierung und der regionalen Verantwortung, freilich mehr ein Wunsch als die Wirklichkeit. Aber Amerika zeigt zum Beispiel, daß durchaus auch der demokratische Prozeß differenzierter sichtbar gemacht werden könnte und die ganze Politik sich nicht nur in der Bundesregierung zu polarisieren braucht.

Schon der Bundestag wird ja in unseren Medien kaum wahrgenommen, nur in der unzureichenden Form, daß man gelegentlich Ausschnitte aus Parlamentsdebatten sieht. Aber die Ausschüsse, die für die Entscheidungsbildung sehr viel wichtiger sind, existieren für die Medien nicht. Es fehlen auch didaktische Hinführungen, verwunderlich bei der sonstigen Erzieherwut unserer Moderatoren. Das parlamentarische System wird in unseren öffentlich-rechtlichen Medien so gut wie gar nicht erklärt.

Zu Herrn Gutowski nur eine kleine Verteidigung unserer Parteiendemokratie. Da wir nicht wie in Österreich einen so hohen Anteil der Bevölkerung in den Parteien haben - er dürfte dort fast um das Zehnfache höher sein als bei uns;-, muß man es wohl acontio berechtigter Professionalisierung den Parteien gutschreiben, daß sie ihr politisches Personal in den entsprechenden Gremien auswählen. Daß man dort kämpfen muß und es manchmal um einzelne Stimmen geht, weiß jeder, der die Dinge von innen kennt. Ich hätte aber etwas dagegen, wieder zur Honoratiorendemokratie oder zur primary oder zu ähnlichem zurückzukehren. Das hat sich bei uns plus/minus ganz gut eingespielt.

Im übrigen wird durchaus darauf gesehen, wer "verkäuflich" ist, wer ankommt, wer telegen ist. Diese Gremien - obwohl sie nicht öffentlich tagen - haben die öffentlichen Maßstäbe schon so internalisiert, daß es zu dem Konflikt, den Sie erwähnen, gar nicht mehr kommt. Ich bin darüber keineswegs froh; denn damit geht auch ein Stück Personalität, Individualität und persönliches Temperament verloren.

Mayer

Zum Thema "Bürger und res publica" scheinen mir zwei Gedankengänge besonders wichtig. Herr von Weizsäcker hat die Unterschiede zwischen dem deutschen und dem englischen Strafprozeßsystem dargelegt. Dahinter steht die Frage, wie das Verhältnis von Bürger und res publica bei den anderen aussieht. Und Herr Klages hat gefragt, was in historischer Sicht anders geworden ist im Hinblick auf die Entwicklung des Bürgertums bei uns.

Was ist anders bei den anderen? Herr Maier hat mit Recht darauf hingewiesen, daß wir uns die Situation Ende des 18. Jahrhunderts vergegenwärtigen müssen, also das Zeitalter der sogenannten bürgerlichen Revolutionen, des amerikanischen Unabhängigkeitskampfes und der Französischen Revolution. Auf diese Zeit geht auch die Debatte über Bürger und bürgerlich zurück, ein Thema, das wir mitunter unerträglich finden. Ich erinnere mich an eine Fernsehdiskussion über den "Ring der Nibelungen", bei der Hans-Werner Henze gefragt wurde, wie er denn die Aufführung gefunden habe, und er mit dem Ausdruck voller Abschätzung antwortete: "Ich fand sie bürgerlich." Das sagte zwar in der Sache überhaupt nichts aus, gab aber ein tiefes Mißbehagen wieder.

In Frankreich ist bis heute etwas präsent geblieben, was es bei uns nie gegeben hat, worauf Ernst Bloch und Georg Lukács immer wieder hingewiesen haben, nämlich der Gegensatz von "citoyen" und "bourgeois". Es gab den Bürger des Rousseauismus, den Citoyen, aus dem bei uns der mündige Bürger, der Staatsbürger, die bürgerliche Verantwortung, Bürger in Uniform und so weiter geworden ist. Dabei ist dieser Ausdruck bei uns ganz unscharf. Ich denke nur an Thomas Mann, der sich stets als bürgerlichen Schriftsteller bezeichnet hat.

Der Citoyen in Frankreich wurde sicher nicht als jemand verstanden, der das Gemeinwohl vertritt, aber als jemand, der- auch im Sinne der Revolutionsgeschichte - neben seiner Partikularität als Bourgeois oder Petit-bourgeois sich doch als Träger einer Gemeinschaft versteht. Ohne diese Unterscheidung von Citoyen und Bourgeois im Bürger, wäre die Dreyfus-Affäre nicht denkbar gewesen, auch nicht die Funktion eines Jean-Paul Sartre zur Zeit de Gaulles in der Rolle des respektierten literarischen Außenseiters, der für eine Gemeinschaft spricht. DeGaulles "On n'arrête pas Voltaire", als er sich weigerte, Sartre einsperren zu lassen, wäre bei uns sicher nicht vorstellbar.

Dann zu der anderen Frage: Was ist in unserem Bürgertum selbst anders geworden? Ein Begriff, der heute fast nur noch abschätzig gebraucht wird, ist "das Bildungsbürgertum", das es in dieser Form tatsächlich nur in Deutschland gegeben hat und nicht in anderen Gesellschaften. Das hängt aufs engste mit den Universitäten und dem gesamten Bildungssystem in Deutschland zusammen, aber auch mit der traditionellen Rolle des Berufsbeamtentums, das es so ebenfalls nur in Deutschland gegeben hat. Daraus resultiert zum Beispiel die besondere Zurückhaltung, die sich ein Beamter in politischen Dingen auferlegen muß. Man kann sehr wohl die Frage stellen, warum jemand als Beamter bestimmte Dinge nicht tun darf, die er als Bürger nach dem Grundgesetz selbstverständlich tun könnte.

Insgesamt gesehen haben sich hier aber beträchtliche Änderungen vollzogen. Heute kennen wir nur noch Bürger in unserer Gesellschaft. Die früheren Kulturen, etwa die Adelskulturen, das bürgerliche Patriziat als Kulturträger, die jüdischen Intellektuellen, auch die Kultur der organisierten und klassenbewußten Arbeiterschaft, gibt es nicht mehr. Was wir heute vorfinden, ist eine Nivellierung auf der Grundlage der kleinbürgerlichen Kultur und damit auch der kleinbürgerlichen politischen Kultur.

Noch eine Bemerkung zur Freund-Feind-Thematik. Da bin ich etwas anderer Meinung als Herr von Weizsäcker. Das Antagonistische, das Agonale ist das eine, wie immer damit auch umgegangen wird. Das andere ist die Philosophie von Carl Schmitt, derzufolge sich der Begriff des Politischen in der Unterscheidung von Freunden und Feinden erschöpft. Ich meine, der Begriff einer demokratischen Politik ist mit der Freund-Feind-Theorie völlig unvereinbar. Denn jede demokratische Politik muß in der Bereitschaft zur Diskussion und zum Kompromiß stehen, auch wenn die Fetzen fliegen, vor den Medien oder im Parlament.

Gegenüber der Theorie von Carl Schmitt steht beispielsweise die Antrittsvorlesung von Hans Kelsen über "Wesen und Wert der Demokratie". Dort führt Kelsen aus: Demokratie ist nur denkbar bei einer Relativität des Wahrheitsbegriffes. Sie kommt ohne den Konsens nicht aus, auch unter den schwierigsten Verhältnissen. Das hat sich in Notsituationen immer wieder gezeigt. Auch nach 1945

gab es in Deutschland einen weitgehenden Konsens, eine Gemeinsamkeit, auch eine res publica, jenseits der vier Besatzungszonen. Das ist die Grundlage.

Wer Freund-Feind-Verhältnisse fordert, will den Gegner auch vernichten. Das ist die fundamentalistische Grundposition. Jeder Fundamentalist will seinen Gegner vernichten. Das ist von Grund auf undemokratisch. Dagegen sollte man sich stellen.

Kelsen sagt übrigens mit einer wunderbaren Pointe am Schluß seiner Vorlesung: Das Wesen der Demokratie ist das Ernstnehmen der Pilatusfrage. Pilatus hatte nur das Pech, diese Frage an den einzigen zu richten, an den er sie nicht richten konnte.

Jung

Churchill hat einmal gesagt, die Demokratie sei die schlechteste Regierungsform mit Ausnahme aller anderen. Das ist aber kein Freibrief der politischen Parteien, sich gehenzulassen. Streit und Kompromiß gehören sicher zur Demokratie und auch zum Erscheinungsbild unserer politischen Parteien, die bei uns ja sogar verfassungsmäßigen Rang haben. An ihrem Erscheinungsbild ist manches zu beklagen, wenn es um die Wahrnehmung von Verantwortung geht. Es ist nicht nur eine gewisse Erstarrung, leere Routine, fehlende Flexibilität, Spontaneität und Transparenz, die die Parteien für den Bürger so wenig attraktiv machen, vor allem schockiert den Bürger das Verhältnis der politischen Parteien zum Geld, wo sie sich an ihre eigenen und die gesetzlichen Vorschriften nicht gehalten haben. Ich denke nur an die Spendenpraxis und andere Praktiken, die die Parteien in ein schiefes Licht gebracht haben. Hier muß Remedur geschaffen werden.

Was ich positiv für die Bundesrepublik bemerken möchte, ist die Rolle, die das Bundesverfassungsgericht als Schiedsrichter spielt, dem es zu danken ist, daß in Deutschland politische Verantwortung in dem Maße wahrgenommen werden kann, wie es der Fall ist. Es ist unerlässlich, diese Institution auch in Zukunft zu pflegen, sie nicht zu überfordern und seitens des Gerichtes Zurückhaltung zu üben.

Sicher ist es wünschenswert, daß der Bürger, der Citoyen, bereit ist, mehr Verantwortung zu übernehmen. Das ist aber nur möglich, wenn sich der Staat Selbstbeschränkung auferlegt und nicht der Sucht verfällt, alles reglementieren zu wollen. Da geben Parlament und Exekutive häufig schlechte Beispiele. Man braucht ja nur in den Bundesanzeiger oder auch in das Amtsblatt der EG zu blicken; da wimmelt es nur so von teilweise geradezu lächerlichen Dingen, die in Gesetzes-, Verwaltungs- oder Verwaltungsbestimmungsformen gebracht werden.

Wenn der Bürger den Eindruck erhält, alles müsse gesetzlich geregelt werden, damit überhaupt etwas in Gang gesetzt werden kann, wie sollen sich da noch ungeschriebene Konventionen entwickeln? Ein Grundkonsens ist dann kaum noch möglich, weil jeder darauf sieht, ob es auch eine Durchführungsregelung gibt. Ich meine, man kann nicht alles regeln und reglementieren. Gewisse Dinge müssen sich aus dem Gemeinschaftsleben herausbilden. Solche Konventionen brauchen wir, um eine lebendige Demokratie zu erhalten.

Häfele

Der bisherige Verlauf unserer Debatte hat mich nicht gerade fröhlich gestimmt. Ich habe begriffen, daß Politik antagonistisch sein muß. Aber wir gehen in der politischen Praxis doch noch viel weiter, wo sich das Antagonistische in einer gewissen Beliebigkeit entfalten kann. Ich denke beispielsweise an die Grünen und an die Tatsache, daß viele Intellektuelle grün sind, was sich bei der Niedersachsenwahl wieder gezeigt hat.

Da fordern diese Leute weniger Steuern, aber bessere Sozialversorgung, Ausstieg aus der Kernkraft, aber mehr Strom aus der Steckdose und gleichzeitig eine unberührte Natur. Solchen Forderungen haftet eine Beliebigkeit an, bei der eine Auseinandersetzung mit dem, was wir die Erfordernisse der Wirklichkeit nennen, gar nicht stattfindet.

Ich verstehe den demokratischen Prozeß so, daß es darum geht, durch eine vielschichtige Debatte sich an die Wirklichkeit heranzutasten. Denn niemand kann für sich in Anspruch nehmen, die Wirklichkeit ganz begriffen zu haben. Es braucht den dynamischen Dialog, damit am Ende die Wirklichkeit deutlich wird. Das ist der Sinn des demokratischen Prozesses und seiner Antagonismen, die gewissermaßen zwischen zwei Polen stattfinden. Der dritte Pol aber ist die Wirklichkeit, und die darf in diesem ganzen Prozeß nicht zu kurz kommen.

Offenbar bin ich hier der einzige Vertreter aus dem Bereich Wissenschaft und Technik, wo keinerlei Beliebigkeiten gelten dürfen. Ein Flugzeug muß so entwickelt und konstruiert sein, daß es fliegen

kann. Niemand von Ihnen wird sich in ein Flugzeug setzen, das, sagen wir, von einem Komitee antagonistisch entworfen wurde. Das heißt, in der Technik muß die Sache stimmen; man muß sich entsprechend mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. In der Diskussion um die Politik wird häufig ignoriert, welchen Stellenwert Wissenschaft und Technik heute haben, wenn es um das Bereitstellen von Infrastrukturen geht, die für das Überleben unverzichtbar sind. Dort kann es keine Beliebigkeiten geben.

Es wird heute allen Ernstes die Meinung vertreten, es bedürfe nur eines entsprechenden Kapitalaufwandes, um aus allen Wasserkraften der Welt so viel Energie herauszuholen, wie wir benötigen, und auf die Kernenergie zu verzichten. Da wird argumentiert, als gäbe es keine Gesetze der Physik. Mit solchen Leuten muß ich mich dann auseinandersetzen.

Die weitere Verwissenschaftlichung und Vertechnisierung der Überlebensgrundlagen ist nicht nur für die Erhaltung unseres Wohlstandes unerlässlich, sondern auch die Voraussetzung, um eines Tages vielleicht auch mit den globalen Problemen wie der ständig wachsenden Weltbevölkerung fertig zu werden. Wenn wir daran denken, wie viele Menschen in die Bundesrepublik einwandern möchten, warum wir zögern, die Türkei in die EG aufzunehmen, dann sehen wir, daß es dabei nicht um theoretische, sondern um ganz konkrete Fragen geht.

Was ich unseren Medien vorwerfe, ist, daß sie nicht der Wirklichkeit Rechnung tragen, sondern Sekundärerlebnisse vermitteln. Auf der Mattscheibe läßt sich vieles manipulieren. Mit der Wirklichkeit hat das nichts zu tun. Von daher rührt die Gefahr einer Entfremdung gerade jener Kräfte, die sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzen müssen, also der Naturwissenschaftler und vor allem der Techniker.

Wenn in einem Ausschuß des Bundestages der Student der Physik Donderer politisch genauso ernst genommen wird wie der Professor der Physik Maier-Leibnitz, dann muß ich die Alarmglocke läuten. Da stimmt etwas nicht. Hier geht es nicht um irgendwelche Beliebigkeiten, sondern um die Frage, wie sich die Politik zur Wirklichkeit verhält. Dabei klaffen die Wirklichkeit und ein vornehmlich durch die Medien erzeugtes Verständnis von Wirklichkeit mehr und mehr auseinander. Bisher konnten wir diese Lücke überbrücken, weil wir noch über genügend Ressourcen verfügen. Aber ich bin alarmiert, und das gilt für viele andere auch.

Dahrendorf

Herr Häfele, sind nicht zwei der großen Katastrophen dieses Jahres, nämlich die Challenger- und die Tschernobyl-Katastrophe, auch Zeugnisse dafür, was geschieht, wenn Techniker nicht kontrolliert werden, sondern man sie in ihrer eigenen abgeschirmten Welt wirken läßt?

Häfele

Lassen Sie mich zu Tschernobyl grundsätzlich etwas sagen, und zwar mit einer Reihe von Feststellungen, die gar nicht zusammenpassen und die sich zum Teil sogar widersprechen. Das gehört mit zu dem schwierigen vieldimensionalen Prozeß, wenn man sich mit der Wirklichkeit auseinandersetzt.

Erste Feststellung: Tschernobyl war eine sehr große Katastrophe. Ich werde dies am Ende noch einmal wiederholen, weil es vielleicht über den anderen Erwägungen verblassen könnte.

Zweite Feststellung: Die Katastrophe war auf einen Umkreis von 70 oder 100 Kilometern beschränkt. Es war keine kontinentale, schon gar nicht eine globale Katastrophe. In Mitteleuropa haben wir nur die Signale der Katastrophe wahrgenommen, aber keine Katastrophe selbst. Was wir dagegen in Mitteleuropa erlebt haben, war eine mentale Katastrophe.

Lassen Sie mich das an der Skala der Strahlendosen erläutern. Am Anfang der Skala verzeichnen wir 100 bis 250 Einheiten; das ist die natürliche Belastung. 5000 Einheiten dürfen diejenigen bekommen, die in strahlenexponierten Berufen arbeiten, ich zum Beispiel als Angehöriger der Kernforschungsanlage. Bei 50.000 Einheiten beginnen die gesundheitlichen Schäden. Was wir in Mitteleuropa durch Tschernobyl abbekommen haben, lag zwischen 50 und 100 Einheiten, überstieg also in keiner Weise die natürliche Belastung.

Deshalb spreche ich von einer mentalen Katastrophe, und zwar sowohl auf seilen der politischen Öffentlichkeit als auch auf sehen der Wissenschaftler und Techniker, die unfähig waren, die Zusammenhänge für das öffentliche Verständnis zu erläutern. Die Techniker sind nicht auf politische Kommunikation hin erzogen.

Dritte Feststellung: Bei derart geringen Dosen sind Auswirkungen auf die Gesundheit rein hypothetischer Natur. Da kann man sich dann in der Tat trefflich streiten, ob 20 Becquerel pro Liter Milch wie in Hessen oder 500 Becquerel pro Liter Milch wie auf Bundesebene oder 3700 Becquerel pro Liter Milch wie in der Schweiz vertretbar sind - das alles lag weit unterhalb der Schwelle, wo die Gefährdung der Gesundheit beginnt. Deshalb hat die Festlegung solcher Grenzwerte mit der Sache selbst nichts zu tun; das ist allein eine Frage der politischen Entscheidung. Warum auf Schweizer Seite das Gemüse verkauft wurde, während es ein paar Kilometer weiter in der Bundesrepublik untergepflügt wurde, dazu kann man sich als Wissenschaftler nicht mehr vernünftig äußern. Dabei ist die Schweiz doch nun wahrhaftig ein vorsichtiger und konservativer Staat, dem man nicht bestimmte politische Absichten unterstellen kann.

Vierte Feststellung: Das Reaktorunglück in Harrisburg ist technisch vergleichbar mit dem in Tschernobyl. Während in Harrisburg 30 Einheiten freigesetzt wurden, waren es in Tschernobyl etwa 300 Millionen; dazwischen steht also ein Faktor von etwa 10 Millionen. In Harrisburg ist nach außen nichts passiert, in Tschernobyl sehr viel. Dieser Faktor 10 Millionen zeigt an, was die Technik, richtig angewandt, vermitteln kann.

Fünfte Feststellung: Wie schon beim sauren Regen, der unseren Wäldern zusetzt, kommen wir auch bei der Kernenergie nicht um die Tatsache herum, daß wir Nachbarn haben, zum Beispiel Frankreich, Belgien oder die DDR. Warum ist etwa in Frankreich und Belgien die Diskussion so ganz anders verlaufen als bei uns?

Sechste Feststellung: Es ist zutreffend, daß sich die ganze politische Auseinandersetzung darauf zuspitzt, die verschiedenen Risiken - Restrisiken;-, Kosten und so weiter bei den gegebenen Alternativen, zum Beispiel in der Energieversorgung, abzuschätzen. Oder, um ein anderes Beispiel zu nehmen, wie hoch sollte man Deiche bauen, die allen möglichen Gefährdungen standhalten? Das ist keine theoretische, sondern immer schon eine sehr konkrete Frage der Wasserwirtschaft. Wie sicher ist sicher genug? Entwirft man den Deich für eine 100-Jahres-Flut oder für eine 500-Jahres-Flut oder gar für eine 1000-Jahres-Flut? Vielleicht verlangt dann noch einer, man müsse eine 5000-Jahres-Flut mit einberechnen. Das ist eine Art der Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit, mit der wir uns schwertun. Wir sollten solche Dinge hypothetisch und faktisch abwägen.

Ich komme auf meine erste Feststellung zurück. Ich wiederhole, wir haben es mit einem riesengroßen Problem zu tun. Was ich jedoch vermissen, ist, daß man sich im politischen Bereich um Orientierungspunkte bemüht und in einem, sagen wir, Zwölfeck den Bezirk absteckt, innerhalb dessen man solche Erwägungen anstellen muß. Tschernobyl war eine Katastrophe - wie sehen die Alternativen aus?

Dahrendorf

Ich möchte aber auf meine Frage zurückkommen: Ist nicht die Katastrophe von Tschernobyl unter anderem darauf zurückzuführen, daß in der Sowjetunion Techniker und Ingenieure nicht dem Druck einer öffentlichen Meinung ausgesetzt sind, in der auch Studenten der Physik und Nicht-Studenten eine Rolle spielen? Dieser Druck ist doch einer der Gründe dafür, daß die Sicherheitsvorkehrungen bei uns wesentlich schärfer sind. Brauchen wir dafür nicht Ausschüsse oder Komitees, in denen kontrovers debattiert wird zwischen allen, die an der technischen Entwicklung beteiligt sind?

Ist nicht auch die Challenger-Katastrophe nach allem, was wir aus dem NASA-Bericht heute wissen, unter anderem dadurch verursacht worden, daß jene abgekapselte, technisch-bürokratische Einheit manchen Diskussionen nicht ausgesetzt war? Das hat noch gar nichts mit der Frage Kernenergie ja oder nein zu tun. Aus Ihrer Argumentation, Herr Häfele, könnte man den Eindruck gewinnen, daß eine nur technische Bewältigung von Problemen zureichend ist. Ist es aber nicht im Gegenteil wichtig, was bei uns ja im Prinzip geschieht, daß technische Entwicklungen auch der öffentlichen Diskussion ausgesetzt werden?

Häfele

Ich stimme Ihnen durchaus zu, Herr Dahrendorf. Ich habe nur gesagt, die Politik muß sich auch mit dem dritten Pol, mit der Wirklichkeit auseinandersetzen. Vielleicht sind wir in der Bundesrepublik gerade deshalb in technischer Hinsicht so gut, weil wir hier permanent einem öffentlichen Druck ausgesetzt sind, was in der Sowjetunion nicht der Fall ist. Ich kritisiere diesen öffentlichen Druck nicht, betone aber, daß auch er die Wirklichkeit zur Kenntnis nehmen muß. Es gibt nun einmal Grundgesetze der Physik, die man nicht nach Belieben politisch wegdiskutieren kann.

Wenn Sie das Challenger-Beispiel erwähnen, so hat es sich da genau umgekehrt verhalten. Dort ist aufgrund des politischen Drucks, endlich den Start durchzuführen, obwohl die Techniker Warnungen ausgesprochen haben, die Sache schiefgegangen.

Sommer

Es gibt nicht nur eine einzige Wirklichkeit, Herr Häfele, sondern verschiedene Wirklichkeiten. Es geht nicht darum, die von den Technikern behauptete Wirklichkeit in bezug auf die physikalischen Tatsachen zu hinterfragen, sondern in bezug auf die gesellschaftlichen Auswirkungen, auf das Risiko, das eine Gesellschaft auf sich nimmt, wenn bestimmte Dinge realisiert werden. Und da muß man argumentieren dürfen, daß sich die Techniker oft genug geirrt haben, wenn sie eine technische Entwicklung propagierten.

Sie beklagen, daß ein Physikstudent in einem Bundestagsausschuß sitzt. Warum soll er eigentlich nicht? Seine Ansicht gehört doch mit in den Meinungsbildungsprozeß, auch wenn er zum Beispiel nicht Ihre Qualifikation hat. Aber er äußert Besorgnisse, die zum Ausdruck gebracht werden müssen, damit Sie und Ihresgleichen anders nachdenken denn nur als Techniker.

Warum ist denn eine Bewegung wie die "Grünen" entstanden, gegen die Sie sich wenden? Ich kann die Gründe, die zu dieser Entwicklung geführt haben, sehr wohl nachvollziehen. Die Nostalgie, die Sie beklagen, ist zum Teil das Resultat Ihres eigenen Überschwangs. Das meine ich in diesem Falle sogar ganz persönlich. Ich erinnere mich noch gut an die großen Szenarien, die Sie uns vor 10 bis 12 Jahren vorgeführt haben, an die Energiebedarfsrechnungen, die Sie und Ihre Kollegen uns damals glaubhaft zu machen versuchten, von denen wir heute wissen, daß sie überhaupt nicht der Wirklichkeit entsprechen, die Sie hier immer wieder beschwören. Ich erinnere an die Vision vom billigen Atomstrom, wo man leider vergessen hatte, all das mit in Rechnung zu stellen, was der Staat im Laufe der Jahre an Zuschüssen leisten muß. Von Kaikar will ich gar nicht sprechen.

Das aber sind Dinge, die sich einer rein technischen Debatte unter Technikern entziehen und die öffentlich diskutiert werden müssen. Dabei geht natürlich Rationales und Irrationales unvermeidlich durcheinander. Wir dürfen aber die Technik nicht aus dem Diskurs aussparen, von dem unsere Demokratie lebt.

Häfele

Ich habe ja gesagt, Herr Sommer, daß das in den Diskurs hineingehört.

Sommer

Ich spüre bei Ihnen so ein gewisses Beleidigtsein heraus, wenn da ein Student kommt und seine Zweifel anmeldet, wo doch die Fakten so schön feststehen; man braucht nur nachzurechnen.

Häfele

So habe ich nicht argumentiert. Ich habe gesagt, daß für die Berücksichtigung der Wirklichkeit bestimmte Qualifikationen unerläßlich sind. Diese Voraussetzungen müssen vorhanden sein, wenn man sich mit der Wahrheit auseinandersetzen will. Es kann doch nicht alles beliebig sein.

Sommer

Ich kann die Qualifikation des betreffenden Studenten nicht beurteilen. Aber Ihr Satz: "Die Techniker sind nicht auf politische Kommunikation hin erzogen" ist eine Bankrotterklärung in einer Welt, die immer mehr technisch bestimmt wird.

Fuchs

Herr Häfele hat dies als Mangel beklagt, dem er abhelfen will.

Häfele

Genau das. Ich habe von einer mentalen Katastrophe gesprochen, die nicht zuletzt durch die Unfähigkeit der Techniker, politisch zu kommunizieren, verursacht wurde.

Sommer

Wir weisen die Techniker doch seit vielen Jahren darauf hin, wie wichtig diese Zusammenhänge sind. Ich habe nicht den Eindruck, daß das irgend etwas genützt hat. Ich meine, es fehlt ein Quentchen Demut, das vieles glaubhafter machen würde.

Häfele

Diese Demut fehlt uns nicht, Herr Sommer. Ich wünschte, die Journalisten hätten dieses Quentchen Demut.

Rovan

Das Quentchen Demut dürfte wohl allgemein fehlen. Wenn ich beispielsweise an die Aufgeregtheit der deutschen Öffentlichkeit denke, ist von Demut auch wenig zu spüren. Seit geraumer Zeit stehen wir in Frankreich in solchen Diskussionen unter dem Beschuß deutscher Protestler, die uns vorwerfen, wir seien unwissend und unzurechnungsfähig, wir steckten den Kopf in den Sand, wir bedrohten das Weiterleben auf dieser Erde, nur weil wir uns über einige Dinge nicht so aufregen wie die Deutschen. Es leben doch nicht nur Narren in Frankreich und Menschen, die beharrlich die Wirklichkeit nicht erkennen wollen.

Was Herr Häfele sagt, entspricht weitgehend unserem Gefühl, daß hier etwas als akute Bedrohung hingestellt wurde, was in Wirklichkeit gar nicht vorhanden war. Vielleicht hängen die deutschen Aufgeregtheiten weniger mit Tschernobyl zusammen als wieder einmal mit dem Anspruch, die Welt von allen Übeln erlösen zu wollen und infolgedessen die Welt besser zu erkennen als die anderen. Einiges, was da veröffentlicht wurde - nicht nur in der "Zeit";-, könnte man so interpretieren. Ich bin mehr dafür, daß wir uns zusammensetzen und mit Hilfe von Herrn Häfele und anderen Häfeles überlegen, wie die Tatsachen aussehen.

Ich befürworte durchaus strengere Sicherheitsmaßnahmen, und ich lasse mich überzeugen, wenn Cattenom wirklich nicht so sicher ist wie die deutschen Kernkraftwerke, daß man etwas für die dortige Sicherheit tun soll. Das sind konkrete Dinge, über die man diskutieren kann; aber nicht über das Gefühl, wir seien Verräter am Heil der Welt, weil wir durch unsere fehlende Aufgeregtheit das Weiterbestehen der deutschen Nation in Frage stellten.

Sommer

Herr Rován, man sollte nicht so tun, als ob wir Deutsche uns nun alle wieder der blauen Blume der Romantik, dem Gedankengut des Rembrandt-Deutschen und dem Wandervogel ergeben würden. Die Grünen haben 7 Prozent und mehr nicht. Es kann doch keine Rede davon sein, daß wir in die alte Nostalgie oder gar in einen Geisteszustand zurückfallen, in dem wir unseren Nachbarn ihre Aufgeregtheiten oder Nichtaufgeregtheiten vorschreiben wollen.

Ich möchte aber eines in aller Offenheit sagen: Bei zweien unserer Nachbarn gab es zunächst keine Diskussionen über Tschernobyl und die Folgen; das waren Frankreich und die DDR. Die Ursache war in beiden Fällen die gleiche, nämlich eine zentral gesteuerte Informationspolitik, die die öffentliche Diskussion unterdrückte. Dann lebe ich doch lieber in einem Lande, wo es zwar sterile Aufwallungen gibt, aber eine ungebremsste öffentliche Diskussion. Die Grenzen sollten jedenfalls durch die Einsichten der Wissenschaftler und der Politiker gezogen werden, nicht aber durch den Apparat des Staates.

Rovan

Das ist ein völlig unzulässiger Vergleich, Herr Sommer. Keinem Journalisten in Frankreich war es verwehrt, mit den französischen "Häfeles" zu diskutieren. Sie werden auch nicht behaupten können, daß in der "Libération" und in anderen keineswegs regierungsfremden Blättern, solche Informationen nicht verbreitet worden wären. Die Regierung hat das auch nicht gesteuert.

Sommer

Die Strahlenwerte wurden in Frankreich nicht veröffentlicht.

Rovan

Mein lieber Freund, es gibt auch andere Quellen als das Kommissariat für Energiepolitik. Das sind keine von der Regierung beschlagnahmten Wahrheiten. Jeder vernünftige Journalist kann sich die nötigen Informationen auch außerhalb der Regierung verschaffen.

Meine Vorbehalte gegenüber der französischen Informationspolitik in allen Ehren, aber den Vergleich mit der DDR haben wir nicht einmal für Tschernobyl verdient. Das geht zu weit.

Maier

Nur drei anekdotische Anmerkungen.

Erstens: Grenzwerte im Salat. Einem Prälaten, in Freiburg wohnend, wird während der Tschernobylzeit von seiner treuen Haushälterin jedes Salatblatt vorenthalten. Als der Prälat in Straßburg seinen Kollegen besucht, bringt die dortige Haushälterin Petersilie und Salat frisch aus dem Garten auf den Tisch. Es ist, wie wenn beim Überqueren des Rheins die Strahlung abrupt aufgehört hätte.

Zweitens: Mißtrauen gegen den Fachmann - das Beispiel stammt aus einem unanfechtbaren, nämlich kirchlichen Bereich. Wir wollten in der Synode eine Arbeitsgemeinschaft gründen, die sich mit Sozial- und Wirtschaftsfragen beschäftigen sollte. Als es um die Besetzung der Arbeitsgemeinschaft ging, hieß es: bitte keine Wirtschaftswissenschaftler und keine Sozialwissenschaftler; denn die sind als Fachleute befangen. Kardinal Höffner und ich haben daraufhin die Formel geprägt: Wir haben uns durch Kompetenz disqualifiziert.

Und dann, drittens, das Umgekehrte - damit sind wir bei dem Physikstudenten;- das Vertrauen zum Nichtfachmann. In Bayern gab es einen Religionslehrer, der durchgehend die Note 2 gab, bis das selbst seiner langmütigen Kirche, in diesem Fall der evangelischen, zuviel wurde. Als entsprechende Vorhaltungen nichts nützten, mußte er schließlich entlassen werden. Was war die Folge: Sofort wurde er, übrigens auf Antrag der CDU, in den Ausschuß für Jugendprotest berufen, und zwar als Sachverständiger für Schulstreß und Schulprobleme. Seine sachverständigen Einlassungen zieren inzwischen ein 200-Seiten-Protokoll. Er hatte sich durch Inkompetenz qualifiziert.

Ich erwähne diese Beispiele nur, um deutlich zu machen, daß wir Deutschen zu Übertreibungen neigen. Vertrauen zum Nichtfachmann kann manchmal eine politische Tugend sein. Auch Mißtrauen gegenüber dem Fachmann ist von einem gewissen Punkt an notwendig. Der Fachmann darf nicht die Politik aushebeln wollen. Aber es ist schon so, wie Herr Rovon sagt, wir treiben eine Sache so ins Extrem, daß sie aufhört, vernünftig zu sein.

Gutowski

Politiker neigen aber mitunter zu Aussagen, als ob sie die absolute Wahrheit verkündeten, gerade wenn es um solche Zusammenhänge geht, und behaupten dann, der Bürger wolle das so. Ich halte den Bürger für aufgeklärt. Wenn man ihm die Wahrheit sagte, wäre er in vielen Fällen weniger aufgeregt. Aber was ist die Wahrheit, die Wirklichkeit, von der Sie sprechen, Herr Häfele? Da machen uns die Naturwissenschaftler und Techniker auch etwas vor.

Um es überspitzt zu sagen: daß morgen früh die Sonne wieder aufgeht, ist sicher eine gute Hypothese, aber sicher ist es nicht. Bei dem sogenannten Restrisiko, also der Wahrscheinlichkeit, mit der etwas eintreten kann, geht es nicht um eine empirische Wahrscheinlichkeit wie bei der 500- oder 1000-Jahres-Flut, sondern um ein rein theoretisches Konstrukt. Wie wahrscheinlich ist es eigentlich, daß bei der Kalkulation des Restrisikos richtig gerechnet worden ist?

Altmann

Zu diesem Diskurs der Fachleute möchte ich nur ein Zitat von Ludwig Wittgenstein zu Protokoll geben, der in seinem Tractatus logico-philosophicus schreibt: "Wir fühlen, daß selbst, wenn alle möglichen wissenschaftlichen Fragen beantwortet sind, unsere Lebensprobleme noch gar nicht berührt sind."

Fuchs

Herr Häfele hat doch nicht so sehr lamentiert, sondern vielmehr zu einem Dialog aufgerufen. Insofern möchte ich ihn unterstützen.

In der bisherigen Diskussion wurde deutlich - fast alle haben darauf verwiesen;- daß nicht alles der Politik überlassen bleiben darf, sondern daß wir viele kleine Netze und soziale Bewegungen brauchen. Alles solle ein wenig locker und bunt laufen. Wenn man sich dann aber die Entwicklung etwa bei den Grünen ansieht, kommen einem doch Zweifel. Als entschiedener Anhänger der repräsentativen Demokratie bin ich der Meinung, daß dieses System den Willen zur Gestaltung braucht; sonst laufen wir Gefahr, zu jeder Frage eine Volksabstimmung abzuhalten, und das wäre das letzte, was ich mir wünschen würde, gerade in Deutschland.

Ich frage noch einmal im Hinblick auf das Gemeinwohl: Wer eigentlich ist in unserem Staat sonst in der Lage, wichtige Entscheidungen zu treffen und dafür geradezustehen, wenn nicht die demokratisch gewählten Repräsentanten? Wenn gefordert wird, daß wir uns in der Politik auf wichtige Entscheidungen beschränken sollten, stimme ich dem zu. Aber je weniger wir nach einer langen Sachdebatte in der Lage sind, eine politische Entscheidung zu treffen, die über die Parteien hinausreicht, um so weniger sind wir auch fähig, unser Land zu gestalten und um so mehr Ängste werden geschürt.

Tschernobyl hat doch auch deshalb so viele Emotionen geweckt, weil die Menschen uninformiert waren. Bisher haben wir alle immer gesagt: Kernenergie ist das Größte. Die Probleme wurden alle schön zugedeckt. Da gibt es dann das berühmte Restrisiko; aber bei uns wird so etwas niemals passieren. Jetzt erfahren die Menschen auf einmal, daß dieses Restrisiko keineswegs so genau kalkulierbar ist, und da kommen natürlich Ängste hoch, die wir alle bisher verdrängt haben, wenn wir ehrlich sind. Das sollten wir uns klarmachen, und darüber muß gesprochen werden.

Was mich übrigens mindestens so sehr beschäftigt wie die Kernenergie, ist die Frage der Gentechnologie. Gibt es da eigentlich noch politische Gestaltungsmöglichkeiten, oder bleibt die Diskussion darüber irgendwelchen alternativen Bewegungen oder sonstigen Zufälligkeiten überlassen? Ich plädiere für eine breite gesellschaftliche Diskussion, die aber auch zu Entscheidungen führt- das hat mit Parteipolitik nichts zu tun. Selbst wenn die Pharmaindustrie an der Gentechnologie äußerst interessiert ist und die FDP das ganze befürwortet, müssen wir die Chance haben zu sagen: Das wollen wir nicht. Sonst läuft es am Ende wie bei der Kernenergie.

Ich habe also Herrn Häfele so verstanden, daß die Wissenschaft sich vorher einbringen muß und nicht erst, wenn an einem konkreten Punkt Ängste entstehen.

Häfele

Sie haben mich richtig verstanden.

Graf Ferraris

Die Argumente von Herrn Häfele, auch was die nicht vorhandenen Gefährdungen nach Tschernobyl angeht, sind sicher richtig. Als ich mir jedoch kurz nach dem Ereignis die Diskussionen und Kommentare im Fernsehen ansah, hatte ich als Nichtfachmann den Eindruck, daß die Fachleute selbst nicht wußten, was sie sagen sollten. Jeder erzählte etwas anderes. Die öffentliche Meinung hat diese Unsicherheit gespürt, und sie hat - vielleicht zu Unrecht, Herr Häfele - kein großes Vertrauen zu den Experten, die offensichtlich die Wahrheit auch nicht kennen und ständig ihre Meinung ändern. Das gilt übrigens für alle Fachleute; auch die Nationalökonomien, Herr Gutowski, irren sich oft. Die Wahrheit kennt nur der liebe Gott!

Herr Rovon hat sicher recht, daß die Deutschen leicht aufgeregt sind; aber man muß die Freunde nehmen, wie sie sind. Die Verantwortungsträger in der Politik, auch in den Medien, sollten jedenfalls die Besorgnisse der Menschen berücksichtigen.

Ein Wort noch zu der Debatte über die Grenzwerte. Die Bundesrepublik trat in Brüssel für hohe Werte bei der Milch ein, weil sie Milch nach Italien exportieren wollte; dagegen sollten die Werte für Salat sehr niedrig sein, weil Salat aus Italien importiert wird. Insofern vertraten die Fachleute in Deutschland und in Italien sehr unterschiedliche Meinungen. Deshalb kann man es ihnen auch nicht überlassen, die Politik zu bestimmen; sie dürfen nur Ratschläge geben.

Sommer

Natürlich ist die Presse auch gelegentlich überheblich; ich schließe da weder "Die Zeit" noch mich selbst aus. Aber: Wenn ein Presseorgan einen Mangel an Demut verrät, kann es höchstens sich selbst schaden; wenn Wissenschaftler und Techniker einen Mangel an Demut verraten, können sie die Welt zerstören. Das ist der große Unterschied.

Paul Valéry hat einmal gesagt: Wir hoffen vage, aber wir fürchten präzise. Die präzisen Befürchtungen, wiewohl sie unbelegt und unbelegbar sein mögen, müssen aufgeklärt werden. Ich meine, die ganze Diskussion über das Restrisiko, über die Wahrscheinlichkeit, mit der ein Störfall eintritt, ist irreführend, I: 10.000 kann zwar heißen, es passiert erst in 10.000 Jahren, aber es kann auch heißen, daß der Fall morgen eintritt. Damit ist das Risiko nicht mehr irgendein Restrisiko, sondern eine akute Bedrohung. Die Wissenschaft stößt hier an die Grenzen dessen, was man früher als das Frevelhafte bezeichnet hätte. Das gilt zumindest für die Gentechnologie, die Frau Fuchs zu

Recht erwähnte. Diese Diskussion dürfte in der Tat noch aufwühlender werden als die Debatte um die Kernenergie.

Nur eine Anmerkung zum Thema "Medien". Frederic Vester hatte vor kurzem einen Artikel in der Süddeutschen Zeitung, in dem er die Gefahren der radioaktiven Strahlungen nachzuweisen versuchte. "Die Zeit" hat sich daraufhin bemüht, einen Gegenartikel zu bekommen, um die Argumente von Vester zu entkräften. Wir erhielten nur Absagen; die Argumentation sei so blödsinnig, hieß es, daß sich kein seriöser Fachmann damit auseinandersetzen könne. Erst als der Artikel ein ungeheures Echo in der Öffentlichkeit, besonders bei Jugendlichen, auslöste, fand sich jemand bereit, dagegen zu schreiben.

Häfele

Ich darf meinen Standpunkt noch einmal kurz präzisieren. Ich habe mit keinem Wort gesagt: Gleichgültig, was passiert ist, die Kernenergie muß um jeden Preis weiter ausgebaut werden. Ich habe lediglich den Problembereich umrissen, in dem die Thematik steht. Mein zentrales Anliegen ist, daß eine kontroverse politische Diskussion nicht ausreicht, weil damit die Wirklichkeit nicht adäquat erfaßt wird, so schwierig es sein mag, diese Wirklichkeit auszumachen. Das kann sicher kein Einzelner leisten; dazu brauchen wir einen multidimensionalen Diskussionsprozeß.

Ich habe weiter gesagt, daß die Diskussion bei uns nicht gut verlaufen ist, und zwar sowohl von politischer wie von technischer Seite. Das muß verbessert werden. Die Techniker müssen lernen, sich zu artikulieren. Und den Studenten der Physik im Bundestagsausschuß habe ich erwähnt, weil er nicht als besorgter Bürger einen vielleicht neuen Gedanken in die Diskussion eingebracht hat, was selbstverständlich möglich sein muß, sondern weil man ihn als Fachmann auf eine Stufe mit Herrn Maier-Leibnitz gestellt hat.

Worum es mir geht, ist - ungeachtet, ob die Kernenergie weiter ausgebaut werden muß oder nicht;- , daß wir eine Diskussion brauchen, die die außerordentlich komplexen Sachverhalte berücksichtigt. Ich sprach von Restrisiken, von Klimafragen, von institutionellen Fragen. Momentan sind wir auf eine solche Diskussion von unserer Verfassung her überhaupt nicht vorbereitet. Darin liegt die Not.

Dahrendorf

Ich meine, das war eine wichtige Einschaltung in unsere Diskussion. Wenn man von der heutigen Stellung des Politikers und vom Verhältnis des Bürgers zum Staat spricht, kommt man unweigerlich auf das, was Herr Häfele die Wirklichkeit nennt, also auf jene Kräfte, die zwischen Bürger und Staat liegen, etwa die Fachleute, die Experten. Ich nehme den Begriff "Wirklichkeit" mit Vorbehalt auf; aber Herr Häfele hat ja deutlich gemacht, was er meint. In ähnlicher Weise hätte Herr Gutowski von der Wirklichkeit der Weltwirtschaft und ihrer Bedeutung für wirtschaftspolitische Diskussionen und Entscheidungen sprechen können. Auch auf diesem Gebiet versucht die politische Diskussion, manches außer Kraft zu setzen, womit doch unweigerlich jeder konfrontiert ist, der Entscheidungen zu treffen hat.

Fuchs

Die Wirklichkeit von Herrn Gutowski in bezug auf wirtschaftliche Fragen ist sicher eine andere als meine.

Dahrendorf

Da bin ich gar nicht so sicher. Ich vermute, daß diese Wirklichkeit gar nicht so viel mit Meinungen zu tun hat. Die bilden sich erst, wenn es darum geht, wie man sich im einzelnen zu dieser Wirklichkeit verhalten will, etwa welche Form von Anpassungsprozessen für notwendig gehalten wird. Aber die Analyse der Situation ist doch bei allen Regierungen nahezu deckungsgleich gewesen.

Häfele

Deshalb sagte ich, die Wirklichkeit ist vieldimensional.

Dahrendorf

Ich will nur die verschiedenen Elemente bei der Beteiligung am Entscheidungsprozeß hervorheben, auf die Sie verwiesen haben.

Ich schlage vor, daß wir uns für die verbleibende Zeit noch auf eine Frage konzentrieren, die kontrovers geblieben ist. Die einen hier, das war mein Eindruck, schätzen das gegenwärtige Verhältnis zwischen Staat und Bürger, Politiker und Bürger, Politiker und Entscheidungsprozessen im großen und ganzen als normal ein. "Normal" sowohl in dem Sinne, daß sich das politische Geschehen größtenteils im Rahmen von annehmbaren Verfassungsregelungen abspielt, als auch in dem Sinne, daß die großen Grundentscheidungen zu einem früheren Zeitpunkt getroffen worden sind und heute nicht zur Disposition stehen. In gewissem Sinne zahlen wir in manchem den Preis der Normalität und sind deshalb hin und wieder unzufrieden.

Was bei Herrn Maier anklang, war, daß es wichtig sei, sich gelegentlich an die Grundsätze zu erinnern, die der Ordnung zugrunde liegen, in der man lebt. Von diesen Grundsätzen her kann dann durchaus gefragt werden, wie man manches anders und besser machen könnte, ohne daß dies ein so fundamentales Problem wäre.

Demgegenüber habe ich bei Herrn von Weizsäcker eher eine gewisse Melancholie verspürt, als er meinte, die Frage der Problemlösungen habe innerhalb des politischen Spiels immer mehr instrumentalen Charakter gewonnen, was als solches nicht sehr hilfreich sei. Indem man die Problemlösungen zu Instrumenten des politischen Spiels mache, würde man sie auch der öffentlichen Kontrolle entrücken. Das stand wohl auch hinter seiner Frage, was man denn langweilig nenne. Herr von Weizsäcker hat offenbar die Vorstellung, daß Ausschußsitzungen der Parlamente im Prinzip aufregendere, für die öffentliche Diskussion und Kontrolle wichtigere Materialien liefern könnten, als das heute der Fall ist. Vielleicht kann man das nicht ändern, aber schön ist es jedenfalls nicht, wie die Dinge heute gehandhabt werden.

Es gibt indes andere Auffassungen, die sehr viel weitergehen, und in diesem Kreis nur angedeutet wurden, wonach diese Normalität sehr unnormale Züge trägt.

Lassen Sie mich ein Beispiel anführen für ein Verhalten, das ich für ganz unnormale ansehe. Ich war kürzlich auf einer Landesvertreterversammlung meiner Partei, wo es um die Aufstellung der Liste für die kommende Bundestagswahl ging. Viele der Kandidaten, die bereits Bundestagsabgeordnete sind, stellten sich mit Bemerkungen vor wie: Sie hätten in den letzten dreieinhalb Jahren dafür gesorgt, daß sich die Lebensverhältnisse der Familien von Berufssoldaten verbesserten, daß eine umweltfreundliche Trassierung von Fernstraßen im Bodenseegebiet erfolge und ähnliche Themen mehr. Ich hätte sicher mühelos eine gleiche Anzahl von Ministerialdirektoren nennen können, die im selben Zeitraum wahrscheinlich wesentlich mehr dazu beigetragen haben, daß solche Dinge verwirklicht wurden, als die Abgeordneten.

Ich habe mich gefragt, warum Abgeordnete es für wichtig halten, Leistungen, die in rein bürokratischer Tätigkeit bestehen, an denen sie doch nur zufälligen Anteil haben, bei den Delegierten, von denen sie gewählt werden wollen, so sehr in den Vordergrund zu rücken. Bedeutet das nicht, daß bestimmte Staatsbürgerinteressen, bestimmte Notwendigkeiten der Politik und auch der Machtausübung gar nicht wahrgenommen werden und sich andere Spielräume suchen müssen? Wird damit nicht die parlamentarische Repräsentanz, wenn sie sich als Teil der bürokratischen Welt versteht, von vornherein abgeschrieben? Wird dann nicht versucht, die bestehenden Interessen an anderer Stelle zum Ausdruck zu bringen?

Rühe

Ich halte das für ein Mißverständnis, Herr Dahrendorf. Sollen die Kollegen statt dessen sagen, sie hätten den Frieden erhalten? Sie wollten doch wohl deutlich machen, wo sie persönlich eine Sache ein klein wenig vorangebracht haben. Das bedeutet aber doch nicht, daß sich ihre politische Tätigkeit in solchen Dingen erschöpft hat. Daß sie sich entsprechend auch an wichtigen Fragen beteiligt haben, setze ich einfach voraus.

Rovan

So geht es doch zu, seit es Wahlen gibt.

Dahrendorf

Möglicherweise ist das ja Teil der Normalität, von der Herr Sommer gesprochen hat. Hat das aber auf die Dauer Bestand, oder bedarf es in einem allgemeineren Sinne konstitutioneller - nicht nur auf die Verfassung bezogen - Veränderungen?

Mayer

Ich halte die Melancholie von Richard von Weizsäcker für sehr berechtigt. Es gibt keine Normalität; das wird bestätigt durch all die Fundamentalismen, die wir überall auf der Welt erleben. Die grundsätzliche Veränderung, die Hermann Broch schon in den 20er Jahren den Zerfall der Werte genannt hat, widerspricht jeder Normalität. Es gibt keinen Konsens mehr über den unabdingbaren Wert des einzelnen menschlichen Lebens. Die Geringschätzung menschlicher Existenz, das Spiel und das Spielen mit dem Tod anderer Menschen, ist zu einem Element der heutigen Gesellschaft geworden. Das findet seinen Ausdruck auch in der Sprache. Ein reiner Mord, der früher entsprechende Emotionen auslöste, wird heute als Hinrichtung bezeichnet. Da maßen sich irgendwelche Kräfte das Recht der Selbstjustiz an und brechen das Gewaltmonopol auf, das in zivilisierten Gesellschaften einzig dem Staat zukommt.

An dieser Entwicklung haben die Medien sicher ihren Anteil. Offenbar ist heute nur noch eine schlechte Nachricht berichtenswert, eine gute Nachricht, das Positive, das Leben, ist nicht interessant. Die Häufung von Toten in der Berichterstattung der Medien hat schon seine Wirkung.

Gerade auch bei der Diskussion um die Genmanipulation wird deutlich, wie nötig wir einen Konsens über bestimmte Grundwerte in einer zivilisierten Gesellschaft brauchen.

Kriele

Ich teile die Einschätzung, daß der Grundkonsens über die Werte in unserer Gesellschaft in breiten Schichten, nicht nur in der Jugend, ernstlich wankt. Ich meine, für diesen Wertrelativismus ist nicht zuletzt die spezifisch deutsche Variante der Ostpolitik mit verantwortlich. Wenn man sich einmal vor Augen hält, was Altbundespräsident Scheel in seiner Rede zum 17. Juni gesagt hat, wird das deutlich. So bezeichnete Scheel es unter anderem als einen großen Fortschritt, daß bestimmte Leute in der Sowjetunion heute in psychiatrische Anstalten kommen und nicht mehr ermordet werden. Im Grundsatz lief seine Ansprache darauf hinaus, daß die sowjetische Gesellschaft eben auf einem anderen Wertesystem beruhe, durchaus noch in der humanistischen Tradition, und wir ihm Achtung und Anerkennung entgegenbringen müßten.

Derartige Verrücktheiten leistet sich Frankreich zum Beispiel nicht. Die Franzosen verhandeln mit der Regierung der Sowjetunion auf staatlicher Ebene, wobei sie davon absehen, daß man es dort mit einer Diktatur und einem zynischen Wertesystem zu tun hat. Das geht auf diplomatischer Ebene bei staatlichen Verhandlungen nicht anders.

Bei uns dagegen wird, gefördert von bestimmten Medien, systematisch ein Wertrelativismus in diese Gesellschaft transportiert. Scheel sagt natürlich, daß wir unser eigenes Wertesystem aufrechterhalten müssen. Das ist aber nicht möglich, wenn man in dieser Weise Wertrelativismus betreibt. Damit wird der Anker unseres Grundgesetzes, der unser System hält und der uns mit der Gemeinschaft der anderen westlichen Demokratien verbindet, gewissermaßen herausgezogen.

Eine Folge davon ist, daß unser Einfluß in Amerika immer geringer wird; denn die Amerikaner hören nicht mehr auf uns, weil sie uns mißtrauen. Überall, ob in London, Paris oder Washington, wird man gefragt: Was ist los mit den Deutschen? Kann man ihnen noch trauen? Stehen sie noch zum westlichen Bündnis? Sind sie weiterhin zuverlässige Demokraten? Und ich kann nicht leugnen, daß unser Bürgersinn ernsthaft, mit langfristiger Tiefenwirkung, ins Wanken geraten ist.

Rühe

Ich muß Ihnen widersprechen, Herr Kriele. Das Mißtrauen, von dem Sie da sprechen, gibt es bei unseren westlichen Verbündeten keineswegs in dem Maße, wie Sie das hier darstellen. Ich bin selber häufig in Frankreich, Großbritannien und auch in Amerika, und ich kann Ihren Eindruck nicht bestätigen.

Was bei uns gelegentlich geschieht, ist, daß wir Kritik, die in den Vereinigten Staaten selbst geübt wird, nicht richtig gewichten. Auch mir hat man schon vorgeworfen, ich habe den Amerikanern gegenüber im Hinblick auf SALT II zu hart argumentiert, um dann zu erleben, daß Präsident Reagan von einer Zweidrittelmehrheit im entsprechenden Ausschuß des Repräsentantenhauses und von einer Mehrheit im Verteidigungsausschuß des Senats aufgefordert wird, an SALT II festzuhalten. Wir belasten die Beziehungen manchmal dadurch, daß wir amerikanischer sind als die Amerikaner. Die Diskussion in Amerika ist außerordentlich vielgestaltig, auch hinsichtlich SDI. Man darf eben nicht nur in die Laboratorien gehen, sondern muß auch Universitäten und andere Institutionen besuchen.

Klages

Zur Frage der "Normalität" möchte ich eine Ergänzung einbringen, welche die Entwicklung der politischen Kultur in der Bundesrepublik betrifft. Auf der einen Seite konstatieren wir als einen durchaus erfreulichen Vorgang, daß sich die Einstellung der Bürger zu den institutionellen Grundlagen unserer Demokratie seit der Gründung der Bundesrepublik sehr positiv entwickelt hat. Eine überwältigende Majorität bejaht heute sehr entschieden diese Demokratie. Das sollte man nicht geringerschätzen; es hätte auch anders kommen können.

Auf der anderen Seite gibt es aber auch bedenkliche Gegenindikatoren. Wenn etwa gefragt wird, ob die Menschen Vertrauen zu den Politikern haben oder ob sie umgekehrt der Meinung sind, daß Politiker in erster Linie ihre eigenen Interessen im Auge haben, dann bekennt sich die große Mehrheit der Befragten zu der letzteren Position. Es wird hier ein sehr problematisches Verhältnis zu den Parteien deutlich. Das gleiche zeigt sich auch, wenn man zum Beispiel die Bereitschaft, in eine Partei einzutreten, untersucht, die nach wie vor auf demjenigen sehr niedrigen Niveau stagniert, das sich in der Bundesrepublik von Anfang an feststellen ließ. Wir haben uns zu fragen, wie man dies zu bewerten hat. Können wir dies noch als "normal" hinnehmen, oder ist es nicht vielmehr im Gegenteil als "negativ" zu bezeichnen?

Es zeigen sich weiterhin neuerdings - und das ist für die politische Kultur äußerst relevant - erstaunliche Schwankungen, die in einem ständigen Wechsel zwischen Optimismus und Pessimismus, wie zum Beispiel auch in kurzfristigen Umschlägen der Einstellung zu den politischen Parteien, ihren Niederschlag finden. Diese Schwankungen scheinen unser gesamtes politisches System in immer stärkerem Maße zu bestimmen. Das heißt, die Instabilität scheint insgesamt zuzunehmen. Ich frage wiederum: Können oder müssen wir das als "normal" hinnehmen, oder ist das nicht vielmehr ein Indiz dafür, daß wir uns in einer schwierigen Situation befinden? Werden darin letztlich nicht fundamentale Probleme im Verhältnis zwischen Bürger und politischem System sichtbar?

Weidenfeld

Ich habe vor zwei Jahren ein kleines Buch geschrieben, dem der Verlag den Titel gab: "Ratlose Normalität". Mir ging es dabei darum, deutlich zu machen, daß wir zwischen einer Oberfläche des politischen Systems, in dem sich vieles normal abwickelt, und einer Tiefendimension der Gesellschaft unterscheiden sollten, in der eine Art wabernde Ratlosigkeit auf Stimmungen und Schwankungen sehr schnell anspricht und eine Art vagabundierender Identitätsbedarf besteht.

Unsere politische Kultur ist ein Stück weit durch diese Differenz zwischen Oberflächenstabilität und tiefendimensionaler Dramatik geprägt. Diese Tiefendimension nehmen wir allerdings häufig nicht wahr, weil wir immer nur auf die Oberfläche blicken. Veränderungen werden uns erst bewußt, wenn sie sich plötzlich beispielsweise im Wahlverhalten oder auch in der Abkehr von bestimmten Zeitungen, die nicht mehr gekauft werden, niederschlagen. Wir können ja nicht erkennen, ob jemand mit geballter Faust noch einmal zur Wahl geht oder gelangweilt seine Zeitung liest und kurz davor ist, den nächsten Schritt der Abbestellung zu vollziehen. Hier fehlt es an Sensibilität, was die Beobachtung solcher Veränderungen in den Tiefendimensionen unserer Gesellschaft angeht.

Dennoch würde ich mich dagegen wenden, der Kategorie der Normalität in unserer Diskussion eine tragende Rolle zuzuweisen. Dazu fehlt es an wissenschaftlich eindeutigen Urteilkriterien. Ich meine, man sollte besser von Selbstverständlichkeiten und Konformitäten auf der einen und Umbrüchen auf der anderen Seite sprechen.

Einer in unserem Kreise müßte eigentlich mit der Diskussion ganz zufrieden sein; denn wir haben den philosophischen Überlegungen von Herrn Marquard Rechnung getragen, indem wir die überforderte Verantwortung mit der Sehnsucht nach dem Sündenbock kompensiert haben. Erst waren es jene törichten Politiker, die sich nur in Feindseligkeiten ergehen; dann haben wir uns die Medien vorgenommen, und zum Schluß waren die Techniker an der Reihe. Im Grunde schleicht sich hier doch unter dem Vorzeichen intellektueller Rationalität die typische Figur politischer Romantik durch die Hintertür wieder ein. Wir sind glücklich, einen Sündenbock gefunden zu haben, der uns die Rechtfertigung gibt, uns mit Abscheu von dem ganzen Politik-Unternehmen abzuwenden, um ja unseren unbefleckten Ideenhimmel bewahren zu können. Dieser Eindruck hat sich mir während der Diskussion doch stark aufgedrängt.

Ich möchte deshalb noch einige Überlegungen anfügen, was denn Politik und Medien an gemeinsamen Problemen verbindet, und nicht das eine gegen das andere ausspielen.

Erstens stehen Politiker wie Medien unter Erfolgsdruck. Die einen im Blick auf Wahlen, die anderen im Blick auf Einschaltquoten und Auflagenzahlen. In diese Rahmenbedingungen müssen sich beide einpassen. Deshalb ist es völlig unzutreffend, von "freischwebenden Manipulateuren" zu sprechen.

Zweitens: Die politische Diskussion wie die Mediendarstellung leiden darunter, daß sie inzwischen weitgehend kontextlos geworden sind. Das ist wahrscheinlich auch der Hintergrund für unsere Hektik im Themenwechsel, diese augenblicksorientierte Aufmerksamkeit in der Politik wie in den Medien gleichermaßen. Beispiel: Die Libyen-Affäre hat nach meiner Einschätzung einen langfristig tiefgreifenden Wandel der internationalen Architektur ausgelöst. Heute behandeln wir dieses Thema schon als eine Art frühgeschichtliches Ereignis, das weit entfernt liegt und niemanden mehr interessiert. Wir denken nicht mehr in Strukturen und langen Entwicklungslinien. Bei Tschernobyl könnten sich die Dinge ähnlich verhalten. Der Sozialkitt der Gesellschaft wird brüchig, weil wir dem Expertenurteil nicht mehr glauben vertrauen zu können. Aber wen in Medien wie Politik interessiert diese langfristige Dimension noch?

Drittens: Medien wie Politik versuchen beide diese Kontextlosigkeit der Themen dadurch zu kompensieren, daß sie geradezu eine neurotische Sehnsucht nach Zuordnung haben. Daß die Parteien historisch und kulturell kontextlos geworden sind - ich sehe einmal von den Gründen ab - und, zugespitzt formuliert, weitgehend auswechselbar sind, versucht man dadurch zu kompensieren, daß man um so sensibler Ausschau hält, wo man jemanden zuordnen kann. Was hier deutlich wird, ist ein geradezu neurotischer Drang nach Zuordnung in einem Kontext, der gar nicht mehr darüber informiert, was jemand zur Sache meint, weil er von vornherein bestimmten Gruppen und Organisationen zugerechnet wird. Auch das haben Politik und Medien gemeinsam.

Engert

Was den Einfluß der Medien auf den Werterelativismus angeht, möchte ich Herrn Kriele entschieden widersprechen. Seine Vermutung entspricht nicht der Wirklichkeit. Sie machen sich da einfach nicht klar, welchen Implikationen die Medien unterliegen.

Und wenn Sie vorhin die fehlende Kontrolle bei den Medien beklagten: Ich kenne sowohl den privatwirtschaftlichen Pressebereich als auch das öffentlich-rechtliche System. Das Ausmaß der Kontrolle dort ist kaum vorstellbar: Richtungskontrolle, Ämterpatronage, bis hin zu stellvertretenden Abteilungsleitern. Dabei wird, wie Herr Weidenfeld gesagt hat, nach Zuordnungsraten verfahren. Es wird nicht in erster Linie nach Professionalität gefragt, wenn sich jemand bewirbt, sondern: Wo ist er parteipolitisch einzuordnen, durch welche Mitgliedschaft weist er sich aus? Im öffentlich-rechtlichen System ist es völlig undenkbar, nicht zu wissen, wo die Leute politisch stehen.

Natürlich gibt es Journalisten, die Politik machen wollen, wie Sie vorhin sagten, Herr Ruhe. Aber der Politiker hat es doch in der Hand, beispielsweise ein Interview zu verweigern. Worauf es ankommt, wenn wir hier über politische Kultur und über Verantwortung reden, ist, daß die Medien die Wirklichkeit in unserem Lande so darstellen, wie sie ist. Das ist der Grundauftrag, den sie erfüllen müssen.

Die Problematik des fehlenden Kontextes, die Herr Weidenfeld angesprochen hat, ist in der Tat von erheblicher Bedeutung. Wir laufen in den Medien gewissermaßen mit heraushängender Zunge hinter der jeweiligen Aktualität her, ohne näher auf den Kontext zu achten. In der Beziehung sitzen wir mit den Politikern in einem Boot. Das Bedürfnis nach Erklärung, Erläuterung, Erhellung wächst und wird von den Medien nicht in ausreichendem Maße befriedigt. Immer mehr Menschen sind bereit, sich mit Hintergründen auseinanderzusetzen. Das beweisen auch die steigenden Auflagen der seriösen Tages- und Wochenzeitungen. Im Bereich der öffentlich-rechtlichen Anstalten werden wir in dieser Hinsicht aber nicht weiterkommen, solange Ämterpatronage und Richtungskontrolle wie in einer Art Allparteienkoalition weiterhin gang und gäbe sind.

Fuchs

Mein Eindruck ist, daß unsere Normalität die Ruhe vor dem Sturm ist. Was Herr Dahrendorf über die Kandidaten der FDP gesagt hat, gilt ebenso für die anderen Parteien. Bürokratisierung, Abstraktheit, mangelnde Spontaneität in der politischen Diskussion, das alles wirkt sich heute in den Parteien aus. Das sind ja auch Themen, bei denen die Grünen immer wieder einhaken.

Was ich vor allem feststelle, ist, daß Grundentscheidungen, die wir glaubten, für diese Republik getroffen zu haben, von der jungen Generation in Frage gestellt werden. All die Fragen von §218, NATO-Mitgliedschaft und Einbeziehung der Bundesrepublik ins westliche Bündnis bis hin zu Entnazifizierungsdebatten, Fragen, für die wir tragfähige Kompromisse gefunden zu haben meinten, und nun müsse mal Ruhe sein, werden erneut zur Diskussion gestellt. Wir sollten uns also nicht

einbilden, daß die Grundentscheidungen fast 40 Jahre nach Entstehen der Bundesrepublik ein für allemal festliegen. Es kommt alles wieder auf die Tagesordnung; darauf müssen wir uns einstellen.

Da ist die Frage zweifellos berechtigt, Herr Dahrendorf: Reichen unsere repräsentativen Elemente aus, oder brauchen wir verfassungsmäßig mehr Bürgerbeteiligung, größere Spontaneität? Von daher gebe ich den bürokratischen Erscheinungen in unseren Parteien keine lange Lebensdauer mehr. Ich erwarte vielmehr einen Schub mit einer ganz neuen Qualität von öffentlicher Diskussion.

Zur Normalität gehört heute allerdings auch, daß die Menschen in unserem Lande sich lieber eine Serie über die "Schwarzwaldklinik" ansehen als eine Serie über arbeitslose Jugendliche.

Dahrendorf

Normalität als Ruhe vor dem Sturm, sehen Sie das auch so wie Frau Fuchs, Herr Ruhe?

Ruhe

Nein. Wir haben, ich sagte es schon, noch keine sichere politische Kultur. Deshalb fehlt es uns auch noch an Normalität. Aber unsere politische Kultur entwickelt sich, so daß wir allmählich auf festen Füßen stehen. Denken Sie nur daran, wie wir mit den Grünen im Bundestag fertig geworden sind, ohne in Extreme zu verfallen. Wir haben uns in bestimmten Situationen eben nicht provozieren lassen. Ich meine, das ist schon eine Leistung. Ich weiß nicht, ob jedes westliche Parlament das in dieser Weise geschafft hätte. Wir haben uns statt dessen mit den Grünen inhaltlich auseinandergesetzt und sie als Politiker ernst genommen. Ich bin für die Zukunft eigentlich optimistisch. Es kommt darauf an, den Gesamtzusammenhang zu sehen und für die Probleme nicht einzelne Gruppen verantwortlich zu machen.

Stürmer

Ich komme noch einmal zurück auf die Bemerkung des Bundespräsidenten, die mir im Kern unseres Problems zu liegen scheint, es gehe den Parteien in erster Linie um die Erhaltung oder Erringung der Macht, während Sachfragen und Problemlösungen nur instrumentellen Charakter hätten. Dem steht dann die politische Notwendigkeit entgegen, daß sich die Republik letztlich durch die Vitalität ihres Potentials zur Problemlösung legitimiert, und zwar immer aufs neue, wie sich im Zeitablauf veränderte Fragen stellen.

In diesem Zusammenhang haben wir zwei Fragen diskutiert, die von Herrn Mayer: Was ist anders bei den anderen? und die von Herrn Häfele: Wer ist Anwalt der Wirklichkeit? Beide Fragen sind wichtig; denn sie betreffen sowohl unsere Rolle in Europa und in der Welt als auch die Lebensfähigkeit unserer Gesellschaft. Wenn diese Gesellschaft jahrelang an der Wirklichkeit vorbeiarargumentieren würde, so ginge das an ihren Lebensnerv - nach außen wie nach innen.

Was ist anders bei den anderen? England, Frankreich, die Niederlande, Italien, Schweden - alle diese Länder haben einen festen nationalen Rahmen. Deutschland dagegen ist eine geteilte Nation; dieser Wundschmerz, dieses Trauma ist ausgesprochen oder unausgesprochen immer wirksam. Wir sind eine Nation, die sich selbst mißtraut, in allen ihren Instinkten, selbst in ihren demokratischen Institutionen. Deshalb wäre ein fester Rahmen, ein Bezug auf das Ganze, sagen wir auf den Staat, für uns wichtig und hilfreich. Man kann es auch Patriotismus nennen, durchaus kein parteiischer Begriff, zu dem ich keine rechte Alternative sehe.

Wie immer in diesen Fragen, die zwischen Dynamik und Konsens ihre Antwort finden müssen, geht es um das rechte Maß, das man in allen menschlichen Dingen, auch in den politischen, finden muß. In Deutschland fällt die Antwort aus den genannten Gründen besonders schwer. Aber ohne jenen Bezug auf das Ganze, den man in Frankreich la patrie nennt, gibt es wohl keine Garantie, daß es mit unserer Demokratie gutgeht. Sie kann dann zwar immer noch Macht schaffen, aber sie verfehlt die lebendigen Problemlösungen und unterhöhlt damit letzten Endes die Grundlage ihrer Legitimation.

Freiherr von Wechmar

Das Kernproblem, über das wir hier diskutieren, ist in der Tat die Schwierigkeit, sich mit diesem Staat zu identifizieren: die geteilte Nation, der fehlende Patriotismus. Sie haben die Stichworte genannt, Herr Stürmer. Ich meine allerdings, daß es bei uns auch an einer adäquaten Repräsentation und Darstellung dieses Staates mangelt.

Als Hermann Ehlers gestorben war, hat Carlo Schmid in der Trauerfeier des Bundestages den Satz gesagt: "Er hat sich um das Vaterland verdient gemacht." Das habe ich seitdem nicht mehr sehr

häufig gehört. Das sollten wir im Auge behalten, wenn es darum geht, uns mit Italienern, Franzosen, Engländern oder Amerikanern zu vergleichen.

Rovan

Ich habe über unsere Diskussion ad hoc ein kleines Gedicht verfaßt, das ich gern zum Abschluß beitragen möchte:

Unter den grünen Bäumen über das Grollen
 der Bürger meditiert man im Chor,
 aber das Herz ist nicht dabei,
 es ist unzählbar bei den Massen der seltsamen
 Bildschirme, die die Verantwortung für das Schicksal
 den Vortreibern des schnellen Balles übertragen.
 Die Macht steht auf der Spitze der Gewehre, gewiß,
 aber heute mehr noch auf der Spitze der Kameras,
 die ausgerichtet sind auf die neuen Gladiatoren,
 Spieler und Politiker der beiden Welten.
 Den Verlierern werden die Medien das Herz herausreißen
 mit ihren Federhaltern aus Obsidian.
 Die Sieger werden das Herz dann essen,
 damit die Götter, denen es düstet nach Wählerblut,
 diese einzige Welt einen Tag länger leben lassen.

Maier

Hans Mayer hat darauf hingewiesen, daß der deutsche Begriff Bürger sowohl den Bourgeois als auch den Citoyen meint. Citoyen als die harte politische Komponente und Bourgeois als die gemütvollere häusliche Komponente, die in Burg, Haus steckt. Während die romanischen Sprachen hier deutlich unterscheiden, ist im deutschen Bürgerbegriff beides zusammengefaßt. In unseren Diskussionen dominiert indes der rein politische Bürgerbegriff, sicher begrüßenswert, obwohl uns das mitunter auch Probleme bereitet.

Daß nach Tschernobyl der Boden etwas schwankt, hängt sicher auch damit zusammen, daß eine wesentliche Komponente unseres Bürgerbegriffs, nämlich die Anlehnung an die Wissenschaft und an das Prestige der Universitäten, der Bildung - Herr Mayer erwähnte das Bildungsbürgertum;-, erschüttert ist durch die zahlreichen Expertisen und ihre inneren Widersprüche, auch durch den Wegfall der Hierarchisierung. Es gibt nicht mehr die eine Wissenschaftslehre: Dem Max-Planck-Institut widerspricht ein Öko-Institut, dem C 4-Professor widerspricht ein C 2-Professor oder ein Student.

Kurzum, dieser ganze Bereich ist politisch entgrenzt und leistet daher nicht mehr seine politische Integrationsfunktion wie in Zeiten, in denen Bildungsbürgertum und Politik - sprich Theodor Heuss oder Richard von Weizsäcker - nahtlos ineinander übergehen konnten.

Auch das Wort "politische Kultur" ist ein Sehnsuchtswort, mit dem versucht wird, Legitimität aus anderen Bereichen zu beschaffen. Kultur ist an sich ein ästhetischer Begriff. Es ist interessant, daß wir nicht nur über Logik und Stimmigkeit, über die Wahrheit gesprochen haben, Herr Häfele, sondern auch über die Rhetorik, über das Theaterhafte, über die Szene, die Aktion; auch über die Kultur des Agonalen, die wir vermissen: Es wird zu viel geholt und zu wenig Florett gefochten.

Mit dem Begriff politische Kultur wird auf diese Weise ein Defizit bezeichnet, einer Sehnsucht die Richtung gewiesen. Wir sollten uns einmal darüber unterhalten, inwieweit in den Begriff der Politik auch hineingehören: Logik, Genauigkeit, Präzision, Eleganz. Das, was Herr Altmann sagte: Es fehlt das Drehbuch; es fehlt auch die Ästhetik des Spiels. Diese Sehnsucht ist berechtigt. In der Hinsicht müßte sich unser politisches Spiel noch vom Hausbackenen, Gewerblichen lösen und sich erweitern.

Ich meine damit nicht den ästhetischen Immoralismus, den Herr Ferraris hier erfrischerweise als Import aus Italien anklingen ließ.

Ich wundere mich darüber, das hängt mit den bisherigen Feststellungen zusammen, daß der Begriff des Normalen und der Normalität bei uns so abgewertet wird. Ich habe einmal ein kleines Buch geschrieben: "Hilfe, ich bin normal." Ich fühle mich als normaler Mensch. In Frankreich beispielsweise hat das Normale, die Normalisierung, der "normalien", nach wie vor einen hohen politischen Stellenwert - bei den Griechen machte ja das Abschleifen der Eigentümlichkeiten, die Normierung in der Mitte eigentlich den "polites" aus. Es mag für uns befremdlich klingen, aber erst dadurch, daß ein Mensch bis zu einem gewissen Grade aufhört, Auvergnate oder Lothringer zu sein, und sich statt dessen an die Räder des Staatsschiffs stellt, fungibel, auch austauschbar wird, sich entäußert, sich entindividualisiert, wird er politisch. Wir Deutsche dagegen suchen das Politischwerden meist in anderen Richtungen. Politik ist immer auch ein Stück Entäußerung; das kann man nicht oft genug wiederholen.

Ich hoffe, die Normalen werden bei uns nicht ganz zur Randgruppe - obwohl sie damit natürlich gerade für Soziologen wohl besonders interessant wären.

Dahrendorf

Das Problem, Herr Maier, ist, daß die politische Theorie zwar das Normale anstrebt, aber es nicht liebt; sie lebt vom Nichtnormalen.

Diese lebhaftige Diskussion hat sicher zu keinem Schluß geführt. Das haben Diskussionen so an sich. Sie hat aber zu der Frage des Verhältnisses von Bürger, Politiker und Staat durchaus unterschiedliche Meinungen hervortreten lassen. Da sind die, die wollen, daß wir durch Besinnung auf die Ursprünge die Entfremdungen überwinden, die in dieses Verhältnis heute eingezogen sind. Da sind die, deren melancholische Kritik eigentlich keine Lösungen nahelegt. Vielleicht wollen sie nur sagen, daß menschliche Dinge eben unvollkommen sind und man von ihnen nicht zu viel verlangen soll. Dann aber gibt es die Meinung, daß da etwas schiefgelaufen ist in dem Verhältnis der drei Kräfte, daß es zum Beispiel eine Auflösung der bürgerlichen Öffentlichkeit, eine Bürokratisierung der Politik und damit eine Entfernung des Staates von den Menschen gibt.

Es steht dem Diskussionsleiter schlecht an, die Diskussionsteilnehmer am Ende zu kritisieren. Dennoch läßt sich schwer leugnen, daß die dritte, kritischere Meinung unter den Bürgern der Bundesrepublik, zumal den jüngeren, verbreiteter ist als hier im Raum. Das Wort "Legitimitätskrise" geistert herum, auch das von der "Unregierbarkeit", von unfreundlicheren Vokabeln ganz zu schweigen. Dazu ist hier zu wenig gesagt worden.

Dieser Kreis war der Meinung, daß es zwar Probleme gibt, sie sich aber lösen lassen. Wenn der Diskussionsleiter statt dessen Teilnehmer der Diskussion gewesen wäre, hätte er da ein paar Fragezeichen angefügt. Er hätte die Frage der repräsentativen Demokratie und ihrer Schwächen aufgeworfen, aber auch die der Staatsbürgerrechte und der durch neue Arbeitslosigkeit und neue Armut von ihnen Ausgegrenzten, die Frage der Rechte des einzelnen in Parteien und Parlamenten, die des Gehäuses der Hörigkeit moderner Gemeinwesen. Es wäre sicher falsch, aus der Stimmung dieses Gesprächs zu schließen, daß das Verhältnis von Bürger und Staat in bester Ordnung ist. Indes ist die Erinnerung an die Normalität und die Wirklichkeit ein wichtiges Stück des Verständnisses unserer Zeit, zu dem die Diskussion einen Beitrag geleistet hat.

Körber

Erlauben Sie mir, daß ich zunächst meiner Befriedigung darüber Ausdruck gebe, daß dieser Gesprächskreis die Position eingenommen hat, die ich mir erhofft hatte und die mir wichtiger war als ein noch so schmeichelhafter Rückblick auf die vergangenen 25 Jahre unserer Zusammenarbeit: Offenheit gegenüber der Zukunft.

Das schließt eine fundierte Kritik der Gegenwart nicht aus. Aber ich denke, wir haben der Versuchung widerstanden, die Zukunft als Verlängerung der Gegenwart vorwegzunehmen.

In einem schönen Gedicht (von Börries von Münchhausen) heißt es zwar: "Das werdende ist schon im Seienden gebannt." Aber die das so eindrucksvoll sagt, ist eine Zigeunerin, die dem braven Rittersmann aus der Hand liest. Unser Blick in die Zukunft gleicht eher der Ausschau des Seefahrers nach unbekanntem Neuland, während er die Position seines Schiffes immer wieder berechnen und korrigieren muß.

Wenn wir also die Zukunft unserer Verantwortung diskutieren, können wir nicht bloß von gegenwärtigen Zuständen und einer statischen Ordnung ausgehen. Wir müssen uns an einer Entwicklung orientieren, die in diesem Jahrhundert, über alle Krisen und Katastrophen hinweg, eine früher unvorstellbare Dynamik erreicht hat. Ich meine die Entfaltung der industriellen Zivilisation. Die sich daraus ergebende Spannung zwischen Ordnung und Entwicklung ist es, in der wir unsere Verantwortung immer von neuem definieren müssen.

Unser Gespräch hat gezeigt, daß die beiden Problemkreise, um die es dabei vorzüglich geht - die politische Ordnung der Demokratie und die technisch-ökonomische Entwicklung;-, voneinander unterschieden, aber nicht getrennt werden können. Trotz aller Spannungen bilden sie in der industriellen Demokratie ein Ganzes, dessen Zusammenhang fast schon Systemcharakter gewonnen hat - und zwar über die Grenzen des Nationalstaates hinaus. Dieser Zusammenhang ist es, der die Zukunft unserer Verantwortung bestimmen muß, und deshalb gehen auch die Spannungen, die sie enthält, auf das Ganze dieses Zusammenhangs.

Das alles ist in unserem Gespräch in sehr aktuellen Bezügen illustriert worden. Es war unvermeidlich, daß das Problem der Kernenergie dabei in den Vordergrund gerückt worden ist. Aber im Verlauf dieser Erörterung hat sich gewissermaßen eine Umkehrung unseres Themas ergeben. Aus der "Zukunft unserer Verantwortung" wurde "unsere Verantwortung für die Zukunft". Wenn wir diese Veränderung des Themas beinahe selbstverständlich vollzogen haben, ergeben sich doch einige Konsequenzen, die zu ziehen unsere Zeit nicht gereicht hat, die ich aber doch wenigstens andeuten möchte.

Die Zukunft - das heißt höchstwahrscheinlich eine Verdoppelung der Menschheit innerhalb weniger Jahre, und zwar der Menschheit in den sogenannten Entwicklungsländern. Wenn wir dieser so gewaltig anwachsenden Erdbevölkerung ein erträgliches Leben, Sicherheit und Frieden garantieren und zugleich unseren eigenen sozialen Standard behaupten wollen, so müssen wir davon ausgehen, daß kaum eines der in der Zukunft aufscheinenden Probleme politisch lösbar sein wird, wenn es nicht wirtschaftlich, technisch und naturwissenschaftlich angepackt werden kann. Darin, meine ich, steckt unsere Verantwortung für die Zukunft und auch die Zukunft unserer Verantwortung.

In diesem Sinne verstehe ich unseren 80. Gesprächskreis als Herausforderung, und ich hoffe, es wird uns gelingen, ihr in Zukunft gerecht zu werden.

Ich danke dem Herrn Bundespräsidenten für seine Teilnahme, Herrn Minister Maier für seine profunde Einführung in unser Thema, Herrn Dahrendorf für die Diskussionsleitung und Ihnen allen für die Offenheit und das Engagement, mit denen Sie unser Gespräch mit Erfolg geführt haben.